H 8040 F
Nummer 29
Juni/Juli 94
2,50 Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN



Auf dem Marsch in die Zukunft?

Das Ergebnis ist bekannt!

Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • Postfach 1324
30013 Hannover
Tel.: 0511/341036
Postgiro Hannover
Nr. 445586-301 • BLZ 250 100 30
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Eigentumsvorbehalt:

Editorial

Am 30. 6. 94 wurde abends in der Innenstadt von Hannover der 16 jährige Kurde Halim Dener, alias Ayhan Eser, beim Plakatieren für die verbotene Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) von einem Polizeibeamten eines Spezialeinsatzkommandos aus nächster Nähe erschossen. Mit ihrer ersten Veröffentlichung versuchte die Polizeiführung, trotz des nicht eindeutig geklärten Sachverhaltsablaufes die offensichtlichen Fehler, die zu diesem tragischen Ausmaß geführt haben, mit der Schilderung einer schwer nachvollziehbaren Version zu verdecken. Doch schon jetzt, nach dem Vorliegen der ersten Gutachten, muß sie diese Version revidieren. Wieder zeigt sich, daß die Polizei zur nötigen Selbstkritik nicht fähig war und daß eine Analyse der Fehler unmöglich wird. Damit hat sie erneut au Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit eingebüßt. Nicht nur das tragische Ereignis in Hannover, auch das Auftreten der Polizei gegenüber kurdischen Personen an anderen Orten zeigt, daß seit dem heftig umstrittenen Kantherschen Verbot der kurdischen Verbände sich eine Kriminalisierung dieser Personen fortsetzt, die nun auch in den Köpfen von Polizeibeamten dazu beigetragen hat, daß Differenzierungsmöglichkeiten verlorengehen und sich Dynamiken freisetzen, wie wir es nun in Hannover erlebt haben. Bei den Grundhaltungen der deutschen Außenpolitik und ihre Mitverantwortung für die Verletzung der Menschenrechte in den kurdischen Teilen der Türkei begründet sich der Verdacht, daß es mit dem Wissen über die in Gang gesetzten Folgen sich hierbei um die Fortsetzung der „Endlösung der Kurdenfrage" auf deutschem Boden handelt. Die zunehmende Angst der in Deutschland lebenden Kurden spiegelt dieses wieder. Diese Politik trägt dazu bei, daß sich die Spirale der Gewalt nur fortsetzt.

In den Morgenstunden des 5. 7. 94 wurden durch starke Polizeikräfte in Göttingen eine große Anzahl Wohnungen der Autonomen Antifa (M), Der Rote Buchladen und der AstA der Uni Göttingen im Rahmen von Ermittlungen nach §129a StGB durchsucht. Die Durchsuchungen erfolgten im Zusammenhang mit einem Schon seit langem bestehenden Ermittlungsverfahren, das bisher ergebnislos war. Schon in den ersten Äußerungen der Ermittlungsbehörden wurde mitgeteilt, daß das Ergebnis dieser Durchsuchungen wenig erfolgversprechend war. Dieses sollte es wohl auch nicht sein, denn schon bei der Schaffung des weit vorgelagerten Strafrechtsschutzes war bekannt, daß die Vorschrift des §129a StGB ungeeignet zur Aufklärung von Schwerkriminalität ist. Es handelt sich hier nur um einen reinen Ermittlungsparagraphen; das sogenannte „Sesam öffne dich" im Ermittlungsverfahren. Während diese Möglichkeiten gegen rechtsradikale Tatverdächtige kaum angewandt wurden, fielen die verhängten Sanktionen gegen „linke Terroristen" auffallend härter aus. Auch wenn bei den Durchsuchungen in Göttingen nichts Beweiserhebliches gefunden wurde, so gelang es dem Staatsschutz damit nicht nur die „ungeliebte" Antifa und ihr Umfeld zu kriminalisieren, sondern auch einen tiefen Blick in die Struktur dieser Gruppe zu werfen, um so später gezielter gegen sie vorzugehen. Während immer auf ein härteres Vorgehen des Gewaltmonopols gegen Rechtsradikalismus und -extremismus gewartet wurde, hat sich nun wieder gezeigt, wozu es im linken Bereich fähig ist.

Von denAusgaben des Rechten Randes Nr.1 bis 28 ist ein Personen- und Organisationsregister erstellt worden. Es ist als Ausdruck oder als Diskette für 10,- DM (incl. Porto) über die Redaktionsadresse zu bestellen.

Redaktionsschluß für die nächste Nummer des RECHTEN RANDES, die im September erscheinen wird, ist der 16.August 1994.

Als nachahmenswertes Beispiel veröffentlichen wir in dieser Ausgabe einen kurzen Leserbrief. Wir sind immer interessiert an Informationen und kurzen Meldungen, die wir verarbeiten können, und offen für Kritik und Widerspruch. Bei längeren Artikeln bitten wir allerdings um vorherige Absprache.

Leserbrief

(...) Soeben haben wir die kurze Meldung über die Gründung des Landesverbandes der „Deutschen Nationalisten"(DN) in NRW im RECHTEN RAND Nr.28 gelesen. Zuerst ein kleiner Hinweis: Der Landesvorsitzende heißt **Robert Langnickel** und nicht **Langnicke**. Er saß bis zum 26.05.94 zusammen mit **Christian Sennlaub**, **Andre Krieger**, **Christian Böhnisch** und **Uwe Sübert** im Dortmunder Landgericht, wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, auf der Anklagebank. Es gab zwar keinen Freispruch, aber fast alle Anklagepunkte sind fallengelassen worden (§129, Werben für einen fremden Wehrdienst, d.h. Söldnerwerbung für die kroatische HOS, usw.). Über den Prozeß und die ganzen Verknüpfungen wird es in ca. einem Monat eine Dokumentation geben. (...) Übrigens hat Langnickel einige DN-Veranstaltungen und Aufmärsche im Raum Dortmund und Meschede organisiert bzw. daran teilgenommen, (...). Desweiteren sind Flugblätter der DN, welche Langnickels ViSdP trugen, in Witten zusammen mit Wittener Anti-Antifa Flugblättern und einer Broschüre der „Bürgerinitiative für Ausländerstop" (BIFAS) aus Wuppertal aufgetaucht. (...)

mit antifaschistischen Grüßen
Antifa „Die kleinen Strolche"
c/o Bahnhof Langendreer
Wallbaumweg 108
44894 Bochum

Jörg Hemmers

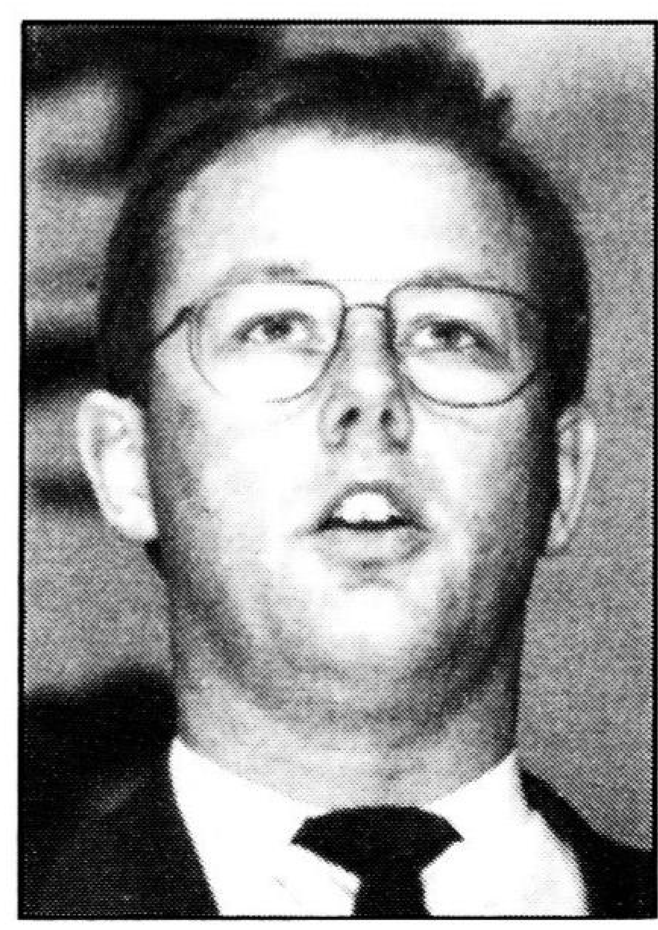
Gemeinsamer Antritt zum Urnengang

Stiefelfaschisten als Söldner der „Republikaner"

Bei der niedersächsischen Landtagswahl am 13. März 1994 erreichten die „Republikaner" zwar nicht die erforderlichen 5% der Wählerstimmen, konnten ihren Anteil jedoch im Landesdurchschnitt verdreifachen. In manchen Wahlkreisen erzielten sie sogar über fünf Prozent (Hannover-Land, Salzgitter-Bad, Delmenhorst, Wilhelmshaven).

Im Landtags-Wahlkampf bedienten sich die Oldenburger „Republikaner" der militanten Neo-Faschisten von der „Freien Kameradschaft Oldenburg" (FKO) zum ersten Mal in aller Öffentlichkeit. Zu dieser „Kameradschaft" rechnet das Innenministerium in Hannover ca. 10, die lokale Leitung der „Politischen Polizei" 15 Personen. Darüber, wie die Zusammenarbeit zwischen den Stiefelfaschisten und den betuchteren „Republikanern" genau aussieht, gibt das Innenminsterium in seiner Verlautbarung vom 3. Juni 1994 keine Auskunft. Ebenso unklar bleibt, weshalb die Öffentlichkeit erst drei Monate später über den Vorfall informiert wird, zumal ein Zusammenschluß von AntifaschistInnen im Raum Weser-Ems schon im März die Öffentlichkeit informierte und die Presse darüber berichtete. Das lokale Monopolblatt NWZ titelte am 7. März noch gegen die Zerstörer des „Republikaner"-Wahlstandes, korrigierte seine Wertung am 4. Juni mit Blick auf die Bewachung des Standes durch „Neo-Nazis".

Die Differenzierung der Neo-Faschisten in „Neonazis" (z.B. FKO) und Rechtsextremisten („Republikaner") ist schon alleine deshalb problematisch, weil sie die fließenden Übergänge von Stiefel-und Nadelstreifenfaschisten kaschiert. Das Engagement des ehemaligen Europaabgeordneten **Harald Neubauer**, der eine zeitlang als zweiter Mann hinter **Schönhuber** fungierte, hat schon in der Frühphase der Partei die deutlichen Zusammenhänge zwischen militanten NSDAP-Aufbaustrukturen und den „Republikanern" aufgezeigt, auch wenn sich Schönhuber von Neubauer trennte, der dann die „Deutsche Liga für Volk und Heimat" mitbegründete. Die Tatsache, daß ein jüngerer Zweig dieser NSDAP-Strukturen als Bewacher des Wahlstandes in Oldenburg auftaucht kann nicht überraschen, da Oldenburgs NPD schon in den 70er Jahren als bevorzugter Tummelplatz von NSDAPlern galt, wie Veröffentlichungen über den Oldenburger Verfassungsschutzagenten **Werner Gottwald** zeigten, die auszugsweise 1982 in der Zeitschrift KONKRET veröffentlicht wurden.



Rolf Schlierer, Schönhubers Stellvertreter

Ihrer Aufgabe, den Werbestand der „Republikaner" zu schützen, konnten die militanten Neo-Faschisten der „Freien Kameradschaft Oldenburg" nicht nachkommen. Entschlossene AntifaschistInnen waren schneller und geschickter als die straff organisierte und technisch hoch gerüstete Schutztruppe. Mit ihrer Bewachungstätigkeit machten der 21-jährige **Tim Binar** und der 18-jährige **Thorben Stekker** inzwischen Schlagzeilen. Stecker wurde am 5. März kurzfristig festgenommen. Bei ihm fand die Polizei eine Gaspistole und einen Funk-Scanner. Eine später durchgeführte Hausdurchsuchung erbrachte die „üblichen rechtsradikalen" Materialfunde. Tim Binar wurde in größerer Entfernung vom Republikaner-Stand mit einem Funkgerät erwischt, stand aber beim Aufbau des Wahlstandes in unmittelbarer Nähe. Fakten, die auch die Anzeige des REP-Funktionärs **Rolf Schlierer** auf Unterlassung von Behauptungen einer Zusammenarbeit der „Republikaner" mit militanten Neo-Faschisten nicht aus der Welt schaffen kann.



Tim Binar (links) beim Ausmarsch der WJ in Hetendorf, Pfingsten 94

Vom DKB zur „Freien Kameradschaft Oldenburg"

Binar und Stecker sind im Zusammenhang mit dem „Deutschen Kameradschaftsbund", der im Dezember 1992 vom Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) verboten wurde, als Neo-Faschisten bekannt geworden.

Die militante „Freie Kameradschaft Oldenburg" wird von Tim Binar angeführt. Kurz nach der Verurteilung des Vorsitzenden des „Deutschen Kameradschaftsbundes" (DKB), **Thorsten de Vries**, wurde er zum Nachfolger bestimmt. **Christian Worch**, der Kopf der Neo-Faschisten aus Hamburg (GdNF; Hess-Komitee; Nationale Liste), bestätigte die Qualifizierung von Binar, der bei der Veranstaltung des DKB in Petersfehn bei Oldenburg am 31.10.1992 die Sicherung der Veranstaltung mit übernahm. Binar koordinierte den Auto-Konvoi vom Treffpunkt an der Raststätte Hasbruch bis zur Gaststätte in Petersfehn. In Fulda nahm er beim "Hess-Gedenkmarsch" im August 1993 Ordnerfunktionen wahr. Erfahrungen sammelte Binar auch zusammen mit seiner Freundin **Stefanie Simmert** während des „Kampftages" des DKB in Wilhelmshaven am 23.05.1992. Es folgte die Teilnahme am „Hess-Gedenkmarsch" im thüringischen Rudolstadt im August 1992.

Bereits am 20. März 1993, also ein Vierteljahr nach dem ausgesprochenen Verbot, kündigte der Einzelhandelskaufmann Thorben Stecker ein Nachfolgetreffen des „Deutschen Kameradschaftsbundes" mit Treffpunkt Hauptbahnhof Oldenburg über das „Nationale Infotelefon" an. Hoher Besuch war angekündigt: Der ehemalige Mitarbeiter des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), **Wolfgang Juchem**, der sich gerne als Gesamtführer der Neo-Faschisten feiern läßt, wurde jedoch am Oldenburger Hauptbahnhof von AntifaschistInnen an seiner Teilnahme an der Veranstaltung behindert.

Am 20.04.1994 beobachtete die Politische Polizei das Wohnhaus von Stecker und mußte sehen, wie er zusammen mit **Arne Paulo** „Führers" Geburtstag beging. Am 22. Mai 1994 marschierte Stecker mit Tim Binar bei der Wiking-Jugend in Hetendorf, zusammen mit den Spitzen der FAP, **Friedhelm Busse** und **Thorsten Heise**, und dem auch in Weser-Ems bekannten „Sängerknaben" **Frank Rennicke** (Wiking Jugend-Funktionär) sowie dem stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden und Ober-Wikinger **Wolfgang Nahrath**.

Scheinbar am Rande der „Freien Kameradschaft" operiert Arne Paulo. Der aus der Oldenburger Hool-Szene kommende Paulo leistet gerade seinen Zivildienst in einem Kindergarten des Diakonischen Werkes in Oldenburg ab. Sein Auftritt in Skinhead- und Nazi-Outfit sorgte bereits für öffentliches Ärgernis, führte aber nicht zu seiner Entlassung, obwohl er ständig mit Keltenkreuz-T-Shirt und „White Power"-Halskette herumläuft und aus seiner rassistischen Weltanschauung keinen Hehl macht.

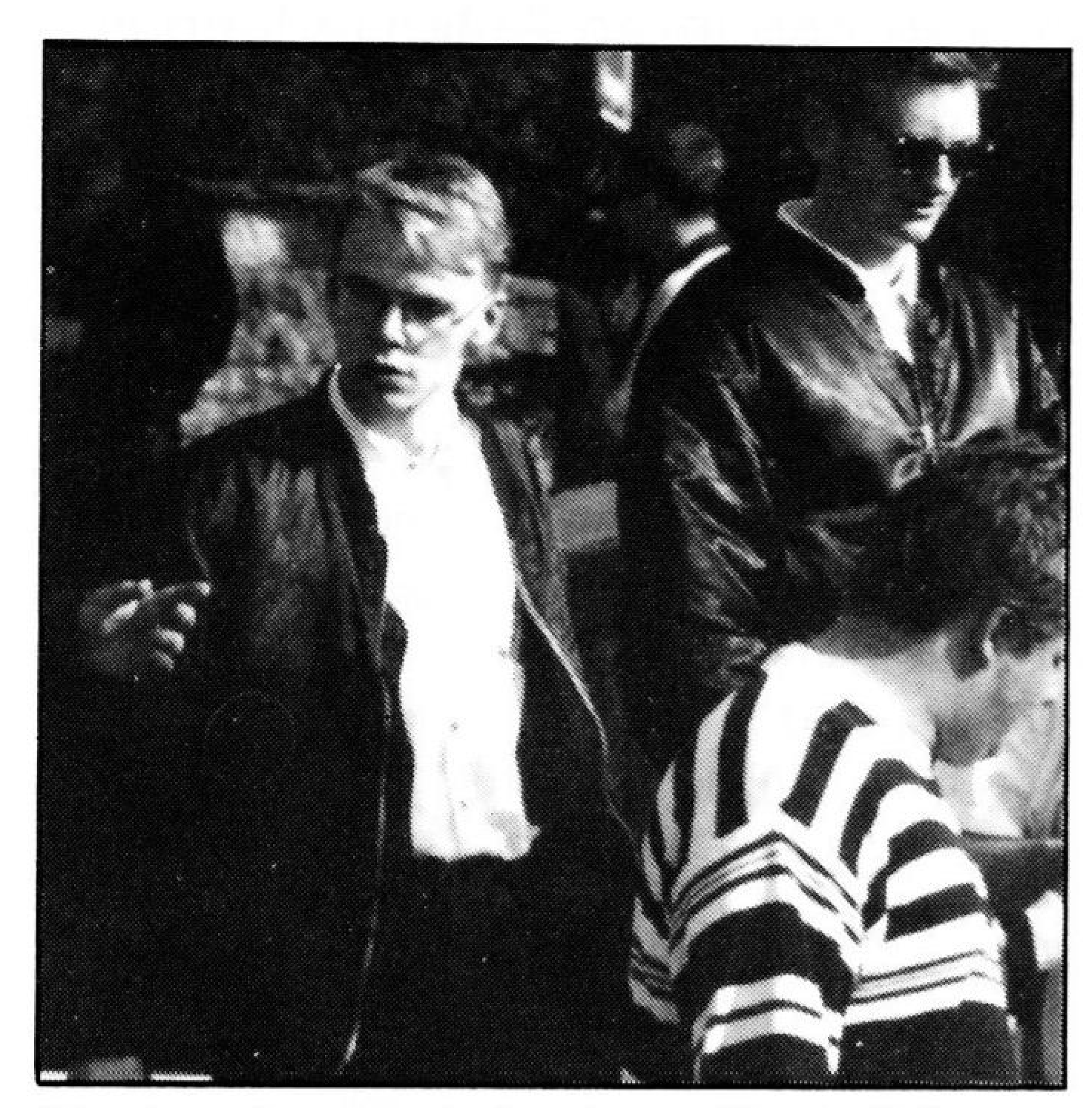
Die Funktionäre der „Republikaner" aus Weser-Ems haben fast alle eine Karriere in

anderen faschistoiden Gruppen hinter sich. Einige waren Mandatsträger für die NPD oder als engagierte Wahlkämpfer der DVU-Liste D aufgefallen. Sie können offensichtlich auf altbewährte Strukturen zurückgreifen, sogar die in den 70er Jahren von dem VS-Agenten Werner Gottwald aufgedeckten Treffpunkte werden weiterhin benutzt. Federführende Aktivitäten im Raum Weser-Ems gehen heute von **Wolfgang Stöver** (Edewecht) aus, der jahrelang als Mitglied im Edewechter Ortsrat ein NPD-Mandat wahrnahm und inzwischen für die „Republikaner" als Landtagskandidat antrat. Zusammen mit dem arbeitslosen Lehrer und ehemaligen Angestellten beim VFB Oldenburg, **Arnold Domschke**, sowie dem kaufmännischen Angestellten **Horst Leunig** bildet Stöver den Kern der regionalen „Republikaner"-Truppe. In regelmäßigen Abständen treffen sich die „Republikaner" mit militanteren Gesinnungsgenossen in ihrem überregionalen Zentrum, in der schon seit alten NSDAP/AO-Zeiten bekannten Gaststätte **Kleihauer** bei Leer. Mit von der Partie ist dort, neben anderen, der frühere CDU-Landtagsabgeordnete **Kurt Vajen**. Selbst die bundesweite Publikationszentrale der „Republikaner" ist im Weser-Ems-Raum angesiedelt. Auf den Wahlwerbeblättern wird immer wieder die Firma KS-Druck mit Wilhelmshavener Postfach genannt, hinter der sich die Druckerei **William Klein** in Sande verbirgt.

Die „Republikaner" als Teil der GdNF-Struktur ?

Inzwischen werden in militanten Kreisen Papiere herumgereicht, in denen zur Wahl der „Republikaner" in den Deutschen Bundestag aufgerufen wird. Die militanten Kameradschaften sind Unterorganisationen der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF), die im Weser-Ems-Gebiet von Christian Worch aus Hamburg geführt wird und mit der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) um Einfluß bei den Jugendlichen konkurriert.

Das „Ostfriesische Aktionsbündnis Repu-



Thorben Stecker, links, beim "Rudolf-Hess-Marsch" 1993 in Fulda

blikaner in den Bundestag" hat seinem Aufruf den schon obligatorischen Appell zur Schließung des Jugendzentrums 'Schlachthof' in Aurich beigefügt. Ein „Bremer Aktionsbündnis Republikaner in den Bundestag" (selbst BAB abgekürzt) unter der Postfach-Anschrift des Neo-Faschisten **Markus Privenau** und der presserechtlichen Verantwortung von **Thomas Wulff** (Nationale Liste, Hamburg) begründet die Entscheidung für die Unterstützung der „Republikaner": „Wenn wir REPUBLIKANER wählen, wird sich vielleicht nicht viel ändern. Wenn wir sie nicht wählen, wird sich gar nichts ändern! Und Veränderung braucht Deutschland!" Dem Pamphlet sind „persönliche" Worte eines altbekannten Neo-Faschisten vorangestellt. „Weil ich aus langer eigener Erfahrung", schreibt Dipl. Ing. **Ernst August Meyer** aus Bremen, „die volks- und verfassungstreuen Widerstandskreise in ihrem Kampf für die Heilung unseres verseuchten Lebens nicht anders als rechtschaffen sich Einsetzende achten muß, meine Empfehlung: 'Die Republikaner' wählen!" Das Mitglied der Unterstützungsorganisation für Altnazis "Stille Hilfe" hat eine bewegte politische Vergangenheit. 1949 leitete er die „Tatgemeinschaft freier Deutscher" (TfD), die die Interessen von Vertriebenen im ersten deutschen Bundestag vertreten wollte, aber keine Lizenz erhielt. Von dieser Organisation trennte sich Meyer 1951 und suchte Kontakt zu anderen neo-faschistischen Vereinigungen, so z. B. im „Deutschen Arbeitnehmer Verband" (DAV) und bei den "Ludendorffern". 1956 trat er der „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher" (AUD) bei und beteiligte sich 1979 an der Bremer Grünen Liste (BGL). Nachdem seine politische Vergangenheit dort bekannt wurde, mußte er auf ein sicheres Mandat verzichten. Anfang der 90er Jahre tauchte Meyer im Dunstkreis der militanten Neo-Faschisten auf: Die Überschneidungen von Meyer und Privenau (Schriftleiter der HNG-Nachrichten) und seine Teilnahme an der Veranstaltung des „Deutschen Kameradschaftsbundes" (DKB) in Petersfehn im Oktober 1992 deutet darauf hin, daß Meyer auch ein Verbindungsmann der „Stillen Hilfe" zur militanten „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene" (HNG) ist.

Jörg Hemmers arbeitet beim AK „Keinen Fußbreit den FaschistInnen", c/o Alhambra, Hermannstraße 83, in Oldenburg mit.

RECHTS IN KÜRZE

„Rebellion im braunen Sumpf"

So betitelte am 2.6.94 der Münchener „Express" ein Interview mit dem Ende Mai ausgetretenen ehemaligen Bundesorganisationsleiter der „Republikaner", **Udo Bösch** (52). „Diese Partei darf auf gar keinen Fall in die deutschen Parlamente einziehen! Man muß sie mit allen Mitteln bekämpfen", so Bösch. Beim Landesvorstand in Sachsen habe er Aufkleber mit der Aufschrift 'Israel - nein danke' herumliegen sehen und „der stellvertretende Landesvorsitzende aus Bayern, **Wallner**, verschickt Kassetten an seine Parteifreunde, auf denen im übelsten Goebbels-Jargon gegen eine zionistische Weltverschwörung gehetzt wird."

Seine eigene Rolle bei den „Republikanern" habe der Oberstleutnant a.D. und langjährige Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes nicht mehr mit seiner „Offiziersehre" vereinbaren können.

Bösch ist nach dem Austritt der Bundesschriftführerin **Martina Rosenberger** (31) der zweite hochkarätige Funktionär aus der Führungsclique der „Republikaner", die die Partei wegen ihrer „rechtsextremen Tendenzen" verlassen haben.

Krause trifft Altnazi

Nach einem Artikel des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" (25/94) reiste der REP-Landesvorsitzende aus Sachsen-Anhalt, **Rudolf Krause** (47), vor kurzem nach Argentinien und traf dort mit dem Altnazi **Wilfried van Oven** (82) zusammen. Van Oven war bis Ende April 1945 Pressereferent des NS-Propagandaministers Goebbels. Nach Kriegsende setzte er sich nach Südamerika ab. Für Vortragsreisen kehrt er auch heute noch immer wieder nach Deutschland zurück und fungiert gleichzeitig als Autor in verschiedenen rechtsextremistischen Zeitschriften, wie z.B. „Nation und Europa". Laut „Spiegel" riet er Krause „die Rechte in Deutschland über die Reihen der Reps hinaus zu einer neuen 'Bewegung' zu sammeln."

"Junge Freiheit"

Die Bundesregierung hat auf eine Kleine Anfrage der PDS/Linke Liste eingeräumt, daß in der "Jungen Freiheit" „vereinzelt Beiträge von rechtsextremistischen Autoren" erscheinen (Drucksache 12/7763). Eine Gesamtbewertung, ob die JF „als rechtsextrem oder rechtsradikal" eingestuft wird, könne jedoch noch nicht abgegeben werden, da die bisher erlangten Kenntnisse „nicht eine Gesamtbewertung im Sinne der Fragestellung" erlangten. Die Bundesregierung teilte den Fragestellern ferner mit, daß das Bundesamt für Verfassungsschutz die JF „regelmäßig im Hinblick auf rechtsextremistische Bestrebungen" auswertet. Zitiert wird in der Antwort auch der Präsident des Verfassungsschutzes, Dr.Eckart Wertebach, der die JF bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes am 14.April 2994 als „einen gewissen Wegbereiter" für die "Republikaner" bezeichnet hatte. Werthebachs Einschätzung, so die Bundesregierung, „gründet sich in der Herkunft eines Teils des Redaktionskollegiums aus der Partei 'Republikaner' und der vor allem vor der letzten Landtagswahl in Baden-Württemberg in Artikeln der Zeitschrift in denen Sympathie für diese Partei geäußert wird."

Peter Gröger/Sönke Braasch

Unangenehme Unterstützung oder innige Zusammenarbeit?

Die Partei der "Republikaner" und die Neonazis

Niedersachsen

Die „Republikaner“ haben gegen das niedersächsische Innenministerium Klage wegen angeblicher „Falschbehauptung“ eingereicht. In einer Vorabveröffentlichung aus dem Verfassungsschutzbericht 1993 wird bestätigt, daß die „Republikaner“ Mitglieder der Neonazi-Gruppe „Freie Kameradschaft Oldenburg“ als Schutztruppe im Landtagswahlkampf beschäftigt hatten. Bei dieser „Freien Kameradschaft“ handelt es sich um die Nachfolgeorganisation der Oldenburger Ortsgruppe des verbotenen „Deutschen Kameradschaftsbundes“.

In der Oldenburger Innenstadt hatten im März 1994 „... Mitglieder der Freien Kameradschaft Oldenburg einen Wahlkampfstand der Republikaner gegen linke Gegendemonstranten zu schützen versucht“, wie die Oldenburger Nordwest-Zeitung am 4.6.94 berichtete. In einer Gegendarstellung erklärt der stellvertretende REP-Landesvorsitzende **Gerhard Tempel**: „(...) Die Partei 'Die Republikaner' hat ihren Wahlkampfstand von niemandem schützen lassen.“



Gerhard Tempel

Die „Republikaner“ behaupten, daß an dem Informationsstand nur namentlich bekannte Mitglieder ihrer Partei teilgenommen haben. Stellt sich die Frage, ob **Tim Binar** und **Thorben Stecker** nun denn auch Mitglieder der „Republikaner“ sind?

Erinnert sei an die Direktive des Kühnen-Nachfolgers **Christian Worch**, der seine Anhänger dazu aufgefordert hat, die „Republikaner“ bei ihren Bemühungen um den Einzug in die Parlamente mit allen Kräften zu unterstützen. Neonazis aus Bremen und Delmenhorst, die ebenfalls der GdNF zuzuordnen sind, verteilten im Großraum Bremen während des Landtagswahlkampfes Flugblätter einer „Nationalen Bürgerinitiative“, die zur Wahl der „Republikaner“ aufriefen.

Bayern

Diese offene Unterstützung der „Republikaner“ durch Neonazis stößt nicht immer auf verhaltenes Einvernehmen wie in Oldenburg. Dem stellvertretenden REP-Landesvorsitzenden aus Bayern, **Ottmar Wallner**, wird in der Partei die allzu innige Zusammenarbeit mit der verbotenen GdNF-Organisation „Nationaler Block“ vorgeworfen. Der aus der Partei der „Republikaner“ ausgetretene Stadtrat **Reiner Hierl** aus Straubing sagt in einem Interview mit der Zeitung „die Woche“: „Bei der Kundgebung auf dem Stadtplatz in Straubing wurden unsere Flugblätter von Leuten der verbotenen Partei verteilt.“

Baden - Württemberg

Nach Erkenntnissen des baden-württembergischen Landesamtes für Verfassungsschutz bestehen personelle Kontakte zwischen den „Republikanern“ und dem übrigen rechtsextremistischen Lager. Der Innenminister von Baden-Württemberg, Frieder Birzele (SPD): „Meine Einschätzung der 'Republikaner' als eindeutig rechtsextremistisch hat sich erneut als richtig erwiesen.“ Zu den bekannt gegebenen Kontakten zählt die Teilnahme des Heilbronner REP-Landtagsabgeordneten und am 12. Juni 1994 wiedergewählten REP-Kreisrats **Michael Herbricht** (47) an der Jahreshauptversammlung der rechtsextremen Jugendorganisation „Forum 90“ des Diplom-Kaufmanns **Michael Dangel** (25). Ebenfalls anwesend bei der Jahreshauptversammlung im April 1993 war **Manfred Rouhs** (30), Kölner Fraktionsvorsitzender der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“, ehemaliges Mitglied der NPD und der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), des „Studentenbunds Schlesien“ (SBS), des „Bundes Heimattreuer Jugend“ (BHJ) und der „Republikaner“. Der Landtagsabgeordnete **Ulrich Deuschle** (42), geschäftsführender stellvertretender REP-Fraktionsvorsitzender, nahm im Januar 1994 an einer Veranstaltung teil, bei der auf Einladung eines Ortsverbandes der „Republikaner“ auch Mitglieder der verbotenen neonazistischen „Heimattreuen Vereinigung Deutschland“ (HVD) zugegen waren. Ein Ortsvorsitzender der REP war im Oktober des vergangenen Jahres zusammen mit Vertretern der NPD, der „Deutschen Liga“, eines „Freundeskreises ein Herz für Deutschland“ sowie Mitgliedern der illegalen HVD auf einem Erntedankfest der neonazistischen „Wiking Jugend“ zugegen. Anläßlich einer Hausdurchsuchung in Wiesbaden am 8. Februar 1994 beim Vorsitzenden des „Völkischen Bundes“, **Peter Naumann** (41), fand sich die Bestellung eines REP-Funktionäres über 100 Rudolf-Hess-Plakate mit dem Aufdruck „Einst kommt der Tag der Rache“.

Anne Rieger

Die „Republikaner“ - Partei der kleinen Leute oder gewerkschaftsfeindlich?

Das Umverteilungsprogramm der Reps

17 % der REP-Wähler bei der Landtagswahl 1992 in Baden-Württemberg waren Arbeiter. Ihre Argumentation ist uns bekannt: Man müsse jetzt endlich „denen da oben“ mal eins drauf geben. Die machten schließlich immer nur Politik gegen uns. Den einzigen, denen zugetraut wird, denen da oben „eins auf die Mütze zu geben“, sind die REPs.

Republikaner wählen aus Protest also. Die REPs als Anwälte der kleinen Leute? Was viele nicht wissen:

Der strategische Kern des REP-Programm ist das konsequenteste Umverteilungsprogramm der erarbeiteten Werte und Gelder zugunsten der Unternehmer:

Sie fordern die *Gewerbesteuer und die Vermögenssteuer auf betriebliche Vermögen von Kapitalgesellschaften abzuschaffen* (S.56). Beides sind Unternehmersteuern. Im Gegenzug fordern sie in ihrem Stuttgarter Kommunalwahlprogramm die *Mehrwertsteuer zu erhöhen* (S. 10). Die Steuer, die in erster Linie die abhängig Beschäftigten über ihre notwendigen Lebenshaltungskosten zahlen müssen.

Die Abschaffung der Gewerbesteuer ist besonders pikant: Sie steht den Kommunen zur Verfügung. Erhalten sie weniger Geld, verringern sie ihre Leistungen für uns und/ oder erhöhen die Gebühren auf unsere Kosten.

Wen wundert es da, daß die REPs auf S. 56 einen weiteren Steuerkürzungsvorschlag zugunsten der Reichen machen: der *Spitzensteuersatz soll bei 120.000 DM für Alleinstehende und bei 240.000 DM für Verheiratete enden.* Die Manager von BMW beispielsweise erhielten aber 1992 1,94 Mio DM pro Mann und Jahr durchschnittliches Einkommen, die von Daimler Benz 1,89 Mio DM. Die Steuer soll *linear* ansteigen. Wohl klar, daß diesen Herren weder eine Steuerprogression noch eine höheres zu besteuerndes Jahreseinkommen passen würde. Für die kleinen Leute bleibt da nichts übrig, als deren Sachwalter sich die REPs so gerne geben.

Weitere Steuer- und Abgabenkürzungen für die Unternehmer und Vermögenden finden sich im Bundesprogramm von Januar 1994:

- *Steuerfreie Rücklagen für Mittelbetriebe* (Seite 56)
- *Existenzgründerdarlehen für mittelständische Betriebe* (Seite 52)
- Steuererleichterungen für mittelständische Betriebe (Seite 52)
- *Erleichterung in der Auslandsmarktbetätigung für mittelständische Betriebe* (Seite 52).

Berücksichtigt man, daß nach der Literatur die Definition von Mittelbetriebe bis zu 1000 Beschäftigte beinhalten kann, sieht man, daß es hier nicht um Steuererleichterungen für kleine Freiberufler geht, sondern um Unternehmen bedeutender Größenordnung, deren Besitzer in der Vergangenheit Jahr für Jahr beträchtliche Gewinne eingestrichen haben.

Aber auch für die Großunternehmer ist ein Schmankerl drin:

„Die wirtschaftliche Betätigung des Staates ist einzuschränken; diese ist weitgehend zu privatisieren“ (S.54). Was Privatisierung von Bahn und Post uns kosten wird, ist in ihrer ganzen Dimension noch gar nicht zu überblicken. Klar ist nur eins: Die Großunternehmen, die die Betreiber sein werden, weil sie die einzigen sind, die es sich den Kauf von öffentlichen Betrieben leisten können, werden bestens daran verdienen.

Wir aber sollen Steuerkürzungen und Steuergeschenke finanzieren:

❑ Arbeiter und Angestellte

- über die Mehrwertsteuer und höheren Preise bei kommunalen Einrichtungen wenn die Gewerbesteuer abgeschafft ist (siehe oben) - über zusätzliche weitere Abgaben: *„In Westdeutschland ist auf Überstundenleistungen eine Abgabe einzuführen“* (S. 58).

❑ Kranke

- *„Der Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherung ist auf das nach medizinischem Standard notwendige, ausreichende und wirtschaftlich erforderliche Maß zu beschränken“* (S. 88). Wer bestimmt, was wirtschaftlich erforderlich ist, fragt man sich. Insbesondere wenn man auf S. 87 dazu liest:
- *„Dem Anspruch auf gesetzlichen Schutz bei Krankheit und Unfall steht die Verpflichtung des Versicherten gegenüber, alles zu tun um gesund zu bleiben.“* Wer tut das nicht sowieso? Oder gibt es Menschen, die freiwillig krank werden? Aber die REPs werden konkreter:
- *„Besondere freiwillig vom Versicherten eingegangene Risiken (z.B. Risikosportarten) dürfen nicht zu Lasten der Solidargemeinschaft gehen und sind daher von ihm selbst zu versichern“* (S. 87). Nachtigall ich hör Dir trapsen! Die Unternehmer sollen geringere Krankenversicherungsbeiträge zahlen, und wir sollen Krankheitskosten selber finanzieren oder uns privat versichern. Mit unserem Geld noch zusätzlich private Versicherungsgesellschaften finanzieren!

❑ Arbeitslose

„Die Republikaner fordern ...Eine höhere Mobilität und eine deutliche Erweiterung der Zumutbarkeitsregelungen bei der Arbeitsaufnahme.“ ...Es kann „keine von vornherein unzumutbare Arbeit geben. Daher ist die Sperrzeitenverordnung im Hinblick auf Arbeitslosengeldbezug entsprechend neu zu gestalten“ (S. 63). Im Klartext heißt das: Wer nicht bereit ist in Frankfurt oder Hamburg Arbeit aufzunehmen, bekommt eine Arbeitslosengeldsperre.

d. Sozialhilfeempfänger

„Die wirksame Einhaltung des Abstandsgebotes“ ist ihr Programm. Das heißt: „Lohnempfänger auch der unteren Lohngruppen, die keinen Sozialleistungsanspruch haben, sollen immer deutlich besser gestellt sein als vergleichbare Sozialhilfeempfänger“ (S. 65) Wer weiß, das die unterste Lohngruppe in der Bekleidungsindustrie Ende 1992 bei 1039 DM lag und berücksichtigt, daß wir bereits im zweiten Jahr Reallohnverluste hinnehmen mußten, der kann sich ein Bild machen davon, wie den Sozialhilfempfängern weiter ihre minimalen Einkünfte gekürzt werden sollen.

„Die Pflicht zur Ableistung gemeinnütziger Arbeiten durch Sozialhilfeempfänger soll konsequent umgesetzt werden“ (S. 63). Unsere Kolleginnen und Kollegen, die kein Arbeitslosengeld und keine Arbeitslosenhilfe mehr erhalten, auf Sozialhilfe angewiesen sind, sollen eingesetzt werden für Arbeiten, die normalerweise zum Tariflohn von den Kommunen finanziert werden. Wie weit ist da der Weg, bis die Tariflöhne stufenweise entsprechend gesenkt werden?

Die Einheitsgewerkschaft soll abgeschafft werden

Die abhängig Beschäftigten werden die Umsetzung eines solchen Programms nicht klag- und kampflos hinnehmen. Um sich erfolgreich wehren zu können, brauchen wir aber eine schlagkräftige Organisation. Das ist bis jetzt immer noch unsere Gewerkschaft - trotz aller berechtigter Kritik an ihr. Unser größter Trumpf dabei ist die Einheitsgewerkschaft. Und genau gegen die richtet sich die Hauptstoßrichtung der REPs. Gleich an drei Stellen finden wir die programmatische Aussage:

- *„Deshalb stellt sich die Einheitsgewerkschaft selbst in Frage und läßt die Forderung nach gewerkschaftlicher Vielfalt legitim erscheinen.“* (S. 51)
- *„Deshalb lehnen wir Republikaner die weltanschauliche Einheitsgewerkschaft ab und fordern diesbezüglich die gewerkschaftliche Vielfalt.“* (S. 62)
- *„Wir Republikaner sind gegen eine Medieneinheitsgewerkschaft...“* (S. 81)

Sollten sie an die Regierung kommen, werden sie die größte Stärke der deutschen Gewerkschaftsbewegung nach dem Krieg - die Einheitsgewerkschaft - zerstören.

Ein entscheidender Grund, warum es gelang, den Nazis zum Ende der Weimarer Republik die Macht zu übertragen, lag in der gespaltenen Arbeiterbewegung: Sozialdemokraten und Kommunisten verhinderten nicht gemeinsam die Machtübertragung. Erst in den

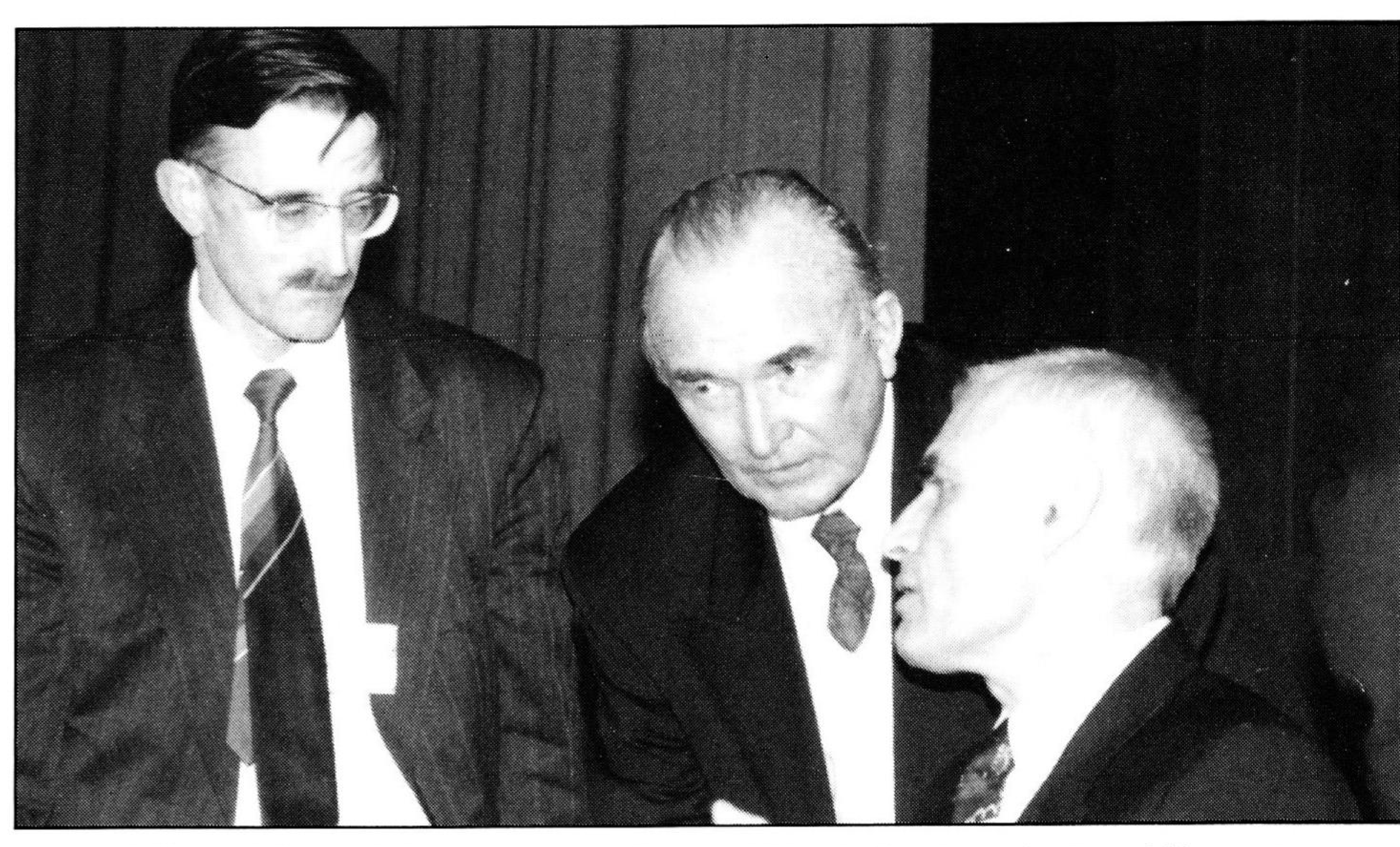
KZ's begriffen sie, daß die Faschisten nur gemeinsam zu bekämpfen sind. 1945 - sie hatten aus ihren Fehlern gelernt - setzen sie sich für die Einheitsgewerkschaft ein - und gründeten sie etwas später. Weltanschauliche und politische Differenzen sollten sie nie mehr trennen. Das Prinzip „ein Betrieb - eine Gewerkschaft" wurde eingeführt und hat sich im wesentlichen bis heute gehalten.

Das Ergebnis ist europaweit der höchste Organisationsgrad im DGB bei etwa 27 % und die immer noch besten Tarifverträge. Genau diese Stärke wollen die REPs aufbrechen. Haben sie die Einheitsgewerkschaft zerstört - lassen sich verbleibende Richtungsgewerkschaften leichter aufrollen.

wessen Wörter Du benutzt, und ich sage Dir wer Du bist.

Außerdem sollen die Gewerkschaften *„...den Preis der Arbeit im Sinne des gesamten volkswirtschaftlichen Vorteils sehen."*

Bleibt man nicht nur im '94er Programm, sondern betrachtet auch den Vorgänger aus dem Jahre 1990, wird die arbeitnehmerfeindliche Aufgabenzuweisung deutlich benannt: *„In der Verantwortung das Gemeinwohl zu sichern, stehen ebenfalls die Gewerkschaften. Ihre wichtigste Aufgabe ist es, das Wohl der Arbeitnehmer und deren Arbeitsplätze zu sichern und den Preis der Arbeit im Sinne des gesamten volkswirtschaftlichen Vorteils zu sehen."* (S.43, Parteiprogramm '90).



Gerhard Tempel, Franz Schönhuber und Gerhard Wruck, Ratsherr der Republikaner in Hannover (von links nach rechts)

Die Gewerkschaften sollen nicht mehr die Interessenvertreter der abhängig Beschäftigten sein

Stattdessen sollen sie das Gemeinwohl sichern:

❑ *„In der Verantwortung, das Gemeinwohl zu sichern, stehen ebenfalls die Gewerkschaften."* (S. 50)

❑ *„Das verpflichtet die Tarifparteien in besonderer Weise das Gemeinwohl zu beachten."*

Gewerkschaften haben die Aufgaben die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten. Sie gehen vom Interessensgegensatz zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Unternehmern und Beschäftigten aus. Jede von uns erarbeitete Mark kann nur einmal ausgegeben werden: entweder für die notwendigen Löhne und Gehälter oder für die Gewinne der Unternehmer. Deswegen können die Gewerkschaften nicht das „Gemeinwohl", das Wohl aller Menschen eines Staates im Auge haben. In einem Staat wohnen Unternehmer und abhängig Beschäftigte. Gewerkschaften vertreten die Interessen der abhängig Beschäftigten.

Nachdenklich macht auch, daß der Begriff „Gemeinwohl" dem Programm der NSDAP entlehnt ist. Dort hieß es in anderem Zusammenhang: *„Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten."* Leicht kommt einem hier der Gedanke: Sage mir

Deutlicher kann es wohl kaum mehr formuliert sein: Der Preis unserer Arbeitskraft soll sich nicht mehr an dem messen, was wir zum Leben benötigen, an der von uns erarbeiteten Produktivität in den Betrieben, an unserer Kraft, die wir in Tarifkämpfen einbringen. Nein, sie soll sich am gesamten volkswirtschaftlichen Vorteil messen, und da liegen natürlich die Interessen der Unternehmer wieder mit drin. Die derzeitige - von den Arbeitgebern initiierte - Standortdiskussion zeigt sehr deutlich wohin der Hase läuft: wir sollen freiwillig Lohnverzicht üben, obwohl die Gewinnmarken der Banken und der deutsche Aktienindex sich in nie gekannten Höhen befinden.

Das Programm soll die Köpfe vernebeln, durch falsche Aussagen.

❑ *„Die Minderung von Arbeitslosigkeit ist weder durch Umverteilung von Arbeit, noch allein mit staatlichen Beschäftigungsprogrammen erreichbar."* (S.51)

Der einzige Fakt, der in diesem scheinbar sehr eingängigen Satz stimmt, ist, daß Arbeitslosigkeit nicht allein durch staatliche Beschäftigungsprogramme zu beseitigen ist. Nur - das hat auch noch niemand behauptet. Gefordert werden sowohl staatliche Beschäftigungsprogramme als auch Arbeitszeitverkürzung. 10 Milliarden DM, ausgegeben vom Staat im Bereich Kindertagesstätten, schaffen ebenso Arbeitplätze wie in anderen Bereichen ausgegebenes Geld.

Daß Umverteilung von Arbeit - oder Arbeitszeitverkürzung - wie der gängigere Begriff lautet, Arbeitsplätze schafft, hat gerade der Tarifabschluß bei VW bewiesen. Dort konnten 30 000 Arbeitsplätze für zwei Jahre gerettet werden. Ein anderes Beispiel ist die 1984 durch Streik durchgesetzte Arbeitszeitverkürzung in der Metallindustrie. Während von 1984 - 1987 beispielsweise in Japan, USA, Italien, Großbritannien und Frankreich jeweils zwischen etwa 130 000 und 200 000 Arbeitsplätze in der Metallindustrie verloren gingen, stiegen sie in der Bundesrepublik um 260 000 an. Genau in diesem Zeitraum hatten wir die Arbeitszeitverkürzung von 40 auf 38,5 Stunden bei vollem Lohnausgleich durchgesetzt.

Demagogie

Die REPs machen die kleinen Leute glauben, sie würden für sie eintreten. Scheinbar machen sie Oppositionspolitik gegen die großen Parteien und Unternehmer. In Wirklich keit aber haben sie das konsequentere Unternehmerprogramm.

Hatten wir das nicht schon einmal in unserer Geschichte? Hitler hatte in seinem Buch „Mein Kampf" aus seinen Positionen keinen Hehl gemacht. Später sagten uns unsere Eltern, „Wir konnten doch nicht wissen, was daraus würde! Das Buch hat doch keiner gelesen."

Sorgen wir dafür, daß so etwas nicht wieder passiert.

Keiner soll sagen können: „Das habe ich nicht gewußt". Machen wir den Kern des REP-Programms in den Gewerkschaften und demokratischen Organisationen bekannt!

Anne Rieger ist Landessprecherin der VVN-BdA in Baden - Württemberg

Deutsche Demokraten

Unter der provokativen Fragestellung „Wie rechtsradikal sind CDU & CSU" beleuchten sechs Journalisten die christdemokratische Programmatik und die tagespolitische Praxis. Sie kommen zum Ergebnis, daß die „neue Politik" der Unionsparteien in ihrer „Rechtslastigkeit selbst frühere Karikaturen" dessen übertrifft, „was man von der CDU befürchten konnte." Abgerundet wird das Buch durch ein „Who is Who" der Unionsrechten, in dem auch dem Christlich-Konservativen Deutschland-Forum und dem Studienzentrum Weikersheim Beachtung geschenkt wird.

Ursel Sieber, Bernd Siegler, Charlotte Wiedemann u.a.: Deutsche Demokraten. Wie rechtsradikal sind CDU & CSU; Göttingen 1994, ca.200 Seiten, DM 24;- ISBN 3-923478-94-1 Verlag die Werkstatt

Sönke Braasch

"Republikaner" und NPD im Südwesten

Neben der vierten Direktwahl zum Europäischen Parlament fanden am 12. Juni in sieben Bundesländern die Kommunalwahlen statt. Im Südwesten waren im Saarland, in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg die Wahlberechtigten aufgefordert, über die Zusammensetzung der Kommunalparlamente zu entscheiden.

In Baden-Württemberg, wo die „Republikaner" bei der Landtagswahl am 5. April 1992 noch 10,9 Prozent erzielen konnten, mußten die REP sowohl bei der Europawahl wie bei der Kommunalwahl Verluste hinnehmen. Im Landesdurchschnitt votierten bei der Europawahl 5,9 Prozent der Baden-Württemberger für die REP. Fünf Jahre zuvor erreichten die REP 8,7 Prozent bei der Wahl zum Europäischen Parlament. Auffallend das Nord-Süd-Gefälle der REP-Ergebnisse. Sowohl in Nordbaden, dem Regierungsbezirk Karlsruhe, wie in Nordwürttemberg, dem Regierungsbezirk Stuttgart, schnitten die „Republikaner" besser ab als im Süden. Die REP schrammten in Heilbronn (9,8 %), im Landkreis Heidenheim (9,5 %) und in Pforzheim (9,3 %) knapp an einem zweistelligen Ergebnis vorbei. 1989 konnten die REP in 13 Wahlkreisen zweistellige Ergebnisse erzielen. Dieses Mal blieben die REP in 13 Wahlkreisen unter fünf Prozent. Das schlechteste Votum erzielten die „Republikaner" in Konstanz am Bodensee mit 3,6 Prozent. Bei den baden-württembergischen Gemeinderatswahlen bekamen die „Republikaner" landesweit 0,3 Prozent der Stimmen (1989: 0,4 %) und 49 Mandate (1989: 71), bei den Kreistagswahlen 1,7 Prozent (1989 1,5 %) und 41 Mandate (1989: 35). In Zukunft werden die REP unter anderem in den Gemeinderäten bzw. Stadträten von Karlsruhe (1 Mandat), Stuttgart (vier gegenüber sechs Mandaten), Mannheim (zwei gegenüber vier Mandaten), Heidelberg (unverändert 1 Mandat), Pforzheim (drei gegenüber sechs Mandaten), Heilbronn (unverändert vier Mandate), Freiburg (1 Mandat gegenüber drei Mandaten) sowie in Heidenheim (drei Mandate) vertreten sein. Bei der erstmaligen Regionalwahl im Großraum Stuttgart entfielen 7,3 Prozent auf die „Republikaner". Unter den sechs REP-Mandataren des neugeschaffenen Regionalparlaments sind auch die Landtagsabgeordneten **Wolfram Krisch** und **Ulrich Deuschle**. Insgesamt traten die „Republikaner" in Baden-Württemberg mit knapp 1400 Kandidaten - fast dreimal so viele Bewerber wie vor fünf Jahren - an. Unter den BewerberInnen in Baden-Württemberg befanden sich auch ehemalige Funktionäre und Mitglieder der NPD. Im Landkreis Calw beispielsweise trat der vormalige NPD-Bezirksvorsitzende Nordbaden, **Helwig Finger**, für die Schönhuber-Partei an. Finger wechselte 1989 zu den REP und wurde erster REP-Kreisvorsitzender in Calw. Sein damaliger Stellvertreter war **Lothar König**, ein ehemaliger CDU-Gemeinderat. Die zwei Kreistags-Mandate der REP in Calw fielen 1994 an den Landtagsabgeordneten Lothar König und **Hermann Kähling**. **Uwe Thaler**, der 1989 als NPD-Kreisvorsitzender und Beisitzer im Landesvorstand in den Rat der kleinen Schwarzwald-Gemeinde Altensteig (Kreis Calw) einzog, suchte dies 1994 auf der REP-Liste zu wiederholen. Ein grober Formfehler verhinderte jedoch die Kandidatur der „Republikaner" in Altensteig. **Günter Deckert**, NPD-Bundesvorsitzender, gelang trotz Stimmenverluste sowohl der Wiedereinzug in den Weinheimer Stadtrat, als Spitzenkandidat der „Deutschen Liste", wie in den Kreistag Rhein-Neckar. Die REP werden ebenfalls mit einem Sitz, **Karl-Heinz Kurtz** aus Eberbach erzielte ihn, im Kreistag Rhein-Neckar vertreten sein.

In Rheinland-Pfalz erzielten die rechtsextremen „Republikaner" bei der Europawahl 3,7 Prozent (1989: 4,6) auf Landesebene. Bei der Kommunalwahl fielen 0,1 Prozent der Stimmen auf die NPD und 1,1 Prozent auf die REP. Bei den Wahlen zum Bezirkstag der Pfalz sackten die REP von 7,9 auf 5,2 Prozent ab. Die „Republikaner" gewannen nach Auskunft des Landeswahlleiters 19 Mandate in kreisfreien Städten und Landkreisen im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz. Insgesamt verbesserten sich die REP in Rheinhessen-Pfalz von 1,1 Prozent im Jahre 1989 auf 2,3 Prozent bei der aktuellen Kommunalwahl.

Frankenthal	5,0 %	2 Sitze
Kaiserslautern	4,5%	2 Sitze
Ludwigshafen	5,6 %	4 Sitze
Mainz	3,8 %	2 Sitze
Speyer	2,8 %	0 Sitze
Worms	6,0 %	3 Sitze
Kreis Germersheim	4,9 %	2 Sitze
Kreis Kusel	4,0 %	2 Sitze
Stadtkreis Ludwigshafen	4,5 %	2 Sitze

Bemerkenswert ist vor allem das Ergebnis in der Chemie-Stadt Ludwigshafen, wo die REP, allen Querelen zum Trotz, die Zahl ihrer Sitze verdoppeln konnten. **Wolf Scheuerbrandt** (62), Spitzenmann der „Republikaner" in Ludwigshafen und Landesschatzmeister, ist pensionierter Diplom-Ingenieur der BASF und war in der Vergangenheit bei einer „Vereinigung für Bürgerinteressen" aktiv. Die NPD erzielte im Landkreis Südliche Weinstraße 2,3 % der Stimmen, verfehlte jedoch einen Sitz. In den Bezirkstag Pfalz wurden auch zwei REP-KandidatInnen gewählt. Der ehemalige langjährige Landesvorsitzende **Hans Herstein** aus Germersheim und **Gisela Neumann**, stellvertretende Landesvorsitzende aus Schifferstadt, vertreten die Rechtsaußen im zukünftigen Bezirkstag. Unter den REP-Kandidaten in Frankenthal, Kaiserslautern, Mainz und Speyer befanden sich laut Landesinnenministerium Personen, die „früher Mitglieder einer anderen rechtsextremistischen Partei und/oder Organisation waren". In Frankenthal etwa trat der ehemalige Landesorganisationsleiter der NPD, **Christian Rathmann**, für die „Republikaner" an. Der REP-Spitzenkandidat in Kaiserslautern, **Jürgen Schöfer**, unterhielt in den 80er Jahren Kontakte zur militanten Szene und den neonazistischen „HNG-Nachrichten". Schöfer verzichtete in der Zwischenzeit auf sein Mandat als Stadtrat in Kaiserslautern.

Im Saarland konnten die „Republikaner" trotz 3,4 % bei den Kreistagswahlen auf Landesebene keine Sitze erringen. Die 5-Prozent-Hürde verhinderte im Saarland den Gewinn von Mandaten für die Schönhuber-Partei. Bei der Gemeinderatswahl in Homburg/Saar erzielten die REP mit 4,8 % ihr bestes Ergebnis im kleinsten Flächenstaat der Bundesrepublik. In Saarlouis stürzten die REP von 10,4 % und fünf Mandaten auf 4,1 % und verloren damit alle Sitze. In der Landeshauptstadt Saarbrükken verloren die „Republikaner" mit einem Ergebnis von 4,2 % ihre bisherigen drei Sitze. Die NPD konnte auf Landesebene lediglich 0,1 % der Stimmen auf sich vereinen. Bei der Gemeinderatswahl in Beckingen/Kreis Merzig-Wadern stimmten 2,3 % der Wahlberechtigten für die „Nationaldemokraten". Bei der Europawahl entfielen 4,3 % (1989: 5,8 %) auf die REP. Alles in allem mußten die rechtsextremistischen Wahlparteien Verluste von Stimmen und Mandaten hinnehmen, bleiben aber in zahlreichen Städten und Gemeinden im Südwesten parlamentarisch präsent.

Andreas Speit

Deutsch, National und Liberal

Kontinuität und Affinitäten des Nationalliberalismus

Nicht alles was das Etikett Liberal oder Liberalismus trägt, ist per se das Feindbild der Neuen Rechten schlechthin, wie es in ihren Publikationen zu lesen und auf ihren Veranstaltungen zu hören ist. Differenzen verwischen, dank Jörg Haider, nicht nur in Österreich in der FPÖ. Affinitäten gibt es ebenso in der Bundesrepublik. Nicht erst seit Manfred Brunner und seinem „Bund freier Bürger" (BfB), sonderen auch und erst recht wegen der Rückbesinnung auf den nationalliberalen Geist, der im deutschen Liberalismus immanent und in der FDP latent vorhanden war und ist.

Sehnsüchtig schielen die Nationalliberalen in der FDP nach Österreich auf das „Modell Haider", das gern in den letzten Jahren als Schützenhilfe für die innerparteilichen Auseinandersetzungen benutzt wurde. Furiosen Auftakt hierzu lieferte **Hans Manfred Roth** 1992. In seiner Funktion als Vorsitzender der FDP Stuttgart-Bad Canstatt hatte er **Jörg Haider** zu einer Großveranstaltung nach Stuttgart geladen. Bundesweite Beachtung erlangte die Veranstaltung auch deshalb, weil sich in der FDP anfänglich kein Widerspruch regte. Warum auch, werden sich damals viele gefragt haben. Schließlich war die FDP bis 1993 mit der FPÖ eng über die „Liberale Internationale" verbunden. (Nur der baden-württembergische FDP-Fraktionsvorsitzende **Walter Döring** regte sich sofort und begrüßte Haider persönlich.)



Manfred Brunner

Erst nachdem Roth Ende April 1993 den REP-Parteitag in Stuttgart besuchte, wurde sein Ausschluß angestrebt. Im Gespräch mit der "Jungen Freiheit" (JF), Mai 1993 beklagte er dies: „Ich finde die Vorgänge für so eine traditionelle Partei sehr bedauerlich, wo eigentlich der nationalliberale Flügel einst sehr stark und auch bereit war, nationale Interessen zu vertreten". Daß er damit auf die Gründungsphase der FDP und die „Naumann-Verschwörung" anspielte, ist anzunehmen.

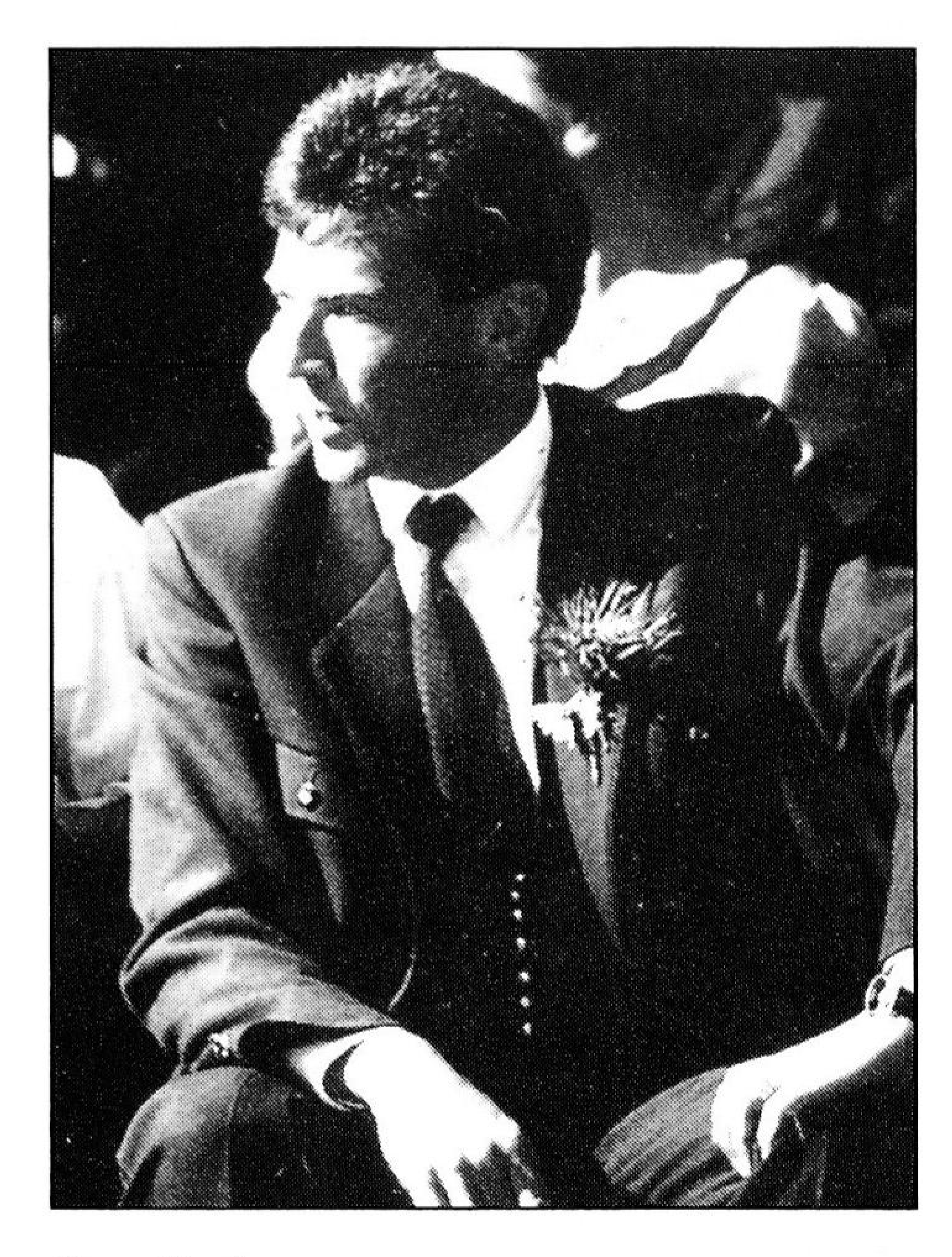
Anfang der 50er Jahre pflegte man in Niedersachsen und Rheinland-Westfalen den Gedanken, die FDP zu einem nationalen Sammlungslager zu machen, wie der ehemalige FDP-Vorsitzende **Erich Mende** formulierte.

Dies ließen sich erfahrene Nationalsozialisten nicht zweimal sagen. Bis 1953 besetzten sie nach und nach mittlere und höhere Funktionen. Der FDP-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses der FDP, Dr. **Ernst Achenbach** und **Wolfgang Döring**, Landesgeschäftsführer in Nordrhein-Westfalen, waren die bekanntesten Personen. **Karl Kaufmann**, aktiv im Raum Hannover-Bielefeld und Dr. **Artur Stegner** bildeten u.a. in Niedersachsen den „rechten Flügel", der die FDP- Politik bestimmte. Mitte 1952 war die FDP in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen weitgehend durch den BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) und die Deutsche Partei (DP) infiltriert. Mittelpunkt im Hintergrund dieser Verschwörung war der „Düsseldorfer Kreis" um Dr. **Werner Naumann**, letzter Staatssekretär im Reichspropagandarministerium Dr. Josef Goebbels, der das Verbindungsnetz knüpfte und pflegte. Mit der Verhaftung von Werner Naumann und anderen worde die „Naumann-Verschwörung" 1953 bekannt. Theodor Heuss, Franz Büchler, **Thomas Dehler** und Konrad Adenauer waren durch den Britischen Hochkommisar Sir Ivone Kirkpatrick aus britischen Geheimdienstunterlagen über die Vorgänge unterrichtet worden. Weshalb so spät gehandelt wurde, ist unklar. Klar ist, daß trotz der Einsetzung einer Kommission durch den FDP-Bundesvorstand die Dimension der „Naumann-Verschwörung/Affäre" im Dunkeln geblieben ist. Insbesondere der theoretische Einfluß ist anscheinend nicht hinterfragt worden, was sich in aktuellen Diskussionen widerspiegelt.

Als ein Beispiel soll die FDP nahe Thomas-Dehler-Stiftung, „das liberale Bildungswerk in Bayern" mit Sitz in München dienen. „In ihrem Handeln und Tun fühlt sich die Stiftung ihrem Namensgeber Thomas Dehler", von dem schon kurz die Rede war, verpflichtet. 1897 in Oberfranken geboren, verkörperte er sein Leben lang, laut der Werbeschrift der Stiftung, den fränkischen Reichspatriotismus, dessen Wurzel er im alten Heiligen Römische Reich sah, welches er wieder etablieren wollte. Im Dritten Reich verfolgt, setzte er sich im Fränkischen gleich nach 1945 für die Wiederbegründung einer liberalen Partei ein. Bei der landesweiten Gründung der FDP 1946 in Nürnberg wurde er zum ersten Vorsitzenden gewählt, der bis 1956 blieb. In die erste Bundesregierung wurde er als Justizminister berufen. Von 1954 bis '57 war er Bundesvorsitzender der FDP.

In diese Zeit fällt die Auseinandersetzung mit Adenauer über die „Nationale Frage". Dehler strebte die „Freiheit und Einheit der Nation" an, was 1956 mit zum Bruch der CDU/CSU Koalition führte. Diese Politik gab den nationalliberalen Kreisen in der FDP Auftrieb und bestätigte nationalistische und (neo-)faschistische Kräfte im allgemeinen. Selbiges gilt für Dehlers rückgewandte Vision des "alten Heiligen Römischen Reiches", die einzelne Personen der Konservativen Revolution beflügelte.

Leitmotiv der Stiftung ist, das Grundaxiom



Jörg Haider

des Liberalimus, „daß es keine absoluten Wahrheiten gibt, sondern nur relative, die sich in der Diskussion, im freien Austausch der Argumente bilden können und daß auch diese Wahrheiten wieder in Frage gestellt werden können, wenn sich neue Tatsachen, neue Argumente finden". Daher möchten sie den Diskussionen in Abend-, Tagesbildungs- und Wochenendveranstaltungen breiten Raum lassen und eine Atmosphäre der freien Argumentation schaffen. Wem sie freien Raum zur ruhigen Darstellung seiner Thesen schafften, berichtete u.a. „Report" am 11.4.1994, in einer Reportage über „Revisionismus und bürgerliche Unterstützer". Vom 20. bis 22.9.1991 fand in Nürnberg eine Tagung der Stiftung zum Thema „Revisionismusstreit" statt, zu der **Georg Batz**, Mitarbeiter der Stiftung, den schweizer Revisionisten **Arthur Karl Vogt** als Referenten gewonnen hatte. Und dieser brachte dann auch so gleich **Germa Rudolf** und ca. ein halbes Dutzend anderer Holocaustleugner mit. Zentrale Aussage Vogts: „Die angeblichen Gaskammern Hitlers und der angebliche Völkermord der Juden sind beides ein und dieselbe Geschichtslüge".

Im Veranstaltungsprogramm für das erste Halbjahr 1994 finden sich erneut Schnitt- und Anknüpfungspunkte für die Neue, als auch für

die alte Rechte. In ihrer Reihe „Philosophen der Freiheit“ wird sich mit **Konrad Lorenz**, **Giordano Bruno** als auch mit Julian dem Abtrünnigen (Julian Apostata), der sich im Jahre 392 gegen die „Christianisierung“ einsetzte und das Heidentum schützen wollte, und **Thomas Hobbes** auseinandergesetzt. Hobbes Hauptwerk, „Grundzüge natürlichen und politischen Rechts“, seine Idee des staatlichen Willens, der allmächtig ist, und seine Definition von Menschheit als „Krieg aller gegen aller“, war schon **Carl Schmitt** dienlich.

Am 13. April wurde anhand **Peter Singers** Thesen über Fragen der Gesundheits-, Sozialpolitik und Ethik philosophiert. Singer selbst war nicht da. Dafür aber andere Fürsprecher der Euthanasie, die aber nicht in der Mehrheit waren, wie Georg Batz in einem Telefongespräch extra betonte.

Inwieweit **Manfred Brunner** durch die Thomas-Dehler-Stiftung, deren Präsident er vom 26.10.1988 bis Frühjahr 1992 gewesen ist, seinen neuesten theoretischen Schliff bekommen hat, bleibt Spekulation. Differenzen gibt es in der Europapolitik, was aber nicht der Grund für die Beendigung seiner Präsidentschaft war. Manfred Brunner hatte gerade seine eigene Stiftung (DM-Stiftung) gegründet, und es schickt sich nicht Präsident von zwei Stiftungen zu sein, weshalb er nicht mehr kandidierte.

Finanziert wird die Stiftung im wesentlichen von Geldern des Freistaates Bayern und der Friedrich-Nauman-Stiftung, zu der personelle Verflechtungen bestehen, sowie aus Spenden und Eigenmitteln. Rund 1,2 Millionen DM betrug 1993 der Haushalt der Stiftung. Verflechtungen des Vorstandes zum BfB bestehen offiziell nicht.

Drei Momente des Nationalliberalismus: Europa-Regionalismuskonzeption, Nation und „Sozialgerechtigkeit“ und die Frage der Souveränität werden innerhalb des rechten Flügels der FDP aktuell diskutiert. Die Thomas-Dehler-Stiftung liefert zumindest punktuell das theoretische Rüstzeug.

Bisher soll die Partei-Linke in der FDP die Oberhand haben und die Nationalliberalen in der Minderheit sein. Ob dies so ist und ob dies so bleibt, ist fraglich. Vorsichtig beäugen die Nationalliberalen Brunners Partei. **Wilfried Hofmann**, ehemals FDP-Landtagsabgeordneter von Sachsen-Anhalt, beließ es nicht beim Beäugen und trat am 1. Feburar in den BfB ein, womit der BfB sein erstes Mandat gleich mitbekam. **Erika Schmid-Petry** und **Burkard Cornelius**, beide in der FDP, sind über den „Verband demokratischer Erneuerung“ mit Brunner verbunden.

Vorsichtig schauen und differenzieren tut auch **Hans-Ulrich Kopp** in der "Jungen Freiheit" vom 17.Juni '94. Scharf kritisiert er Klaus Kinkel und Leutheusser-Schnarrenberger und emfielt, sie als „Unpersonen“ abzutun, betont aber die „positiven“ Ansätze in der FDP-Basis, die sich nicht gegen den Vorstand auf dem FDP-Parteitag in Rostock durchsetzen konnten.

Gemeinsame Perspektiven von Neu-Rechten und Nationalliberalen sollen schließlich auf- und nicht verbaut werden. Und ob Brunner mit Hilfe von Haider und Co. diese Perspektive schon ist, wird sich zeigen.

Ludwig Elm

Kohl bei Ziesel

Deutschland-Stiftung verleiht Kanzler den Konrad-Adenauer-Freiheitspreis

Der CDU-Vorsitzende und Bundeskanzler, Dr.Helmut Kohl, nahm am 19.Juni 1994 in der Münchner Residenz den Konrad-Adenauer-Freiheitspreis der Deutschland-Stiftung e.V. entgegen. Erst im Januar des Jahres war er in der bayerischen Metropole von Ministerpräsident Stoiber (CSU) mit dem Verdienstorden des Freistaates ausgezeichnet worden. Dem Trend der Unionsparteien und des Herrschaftssystems insgesamt folgend, ging es nunmehr in der rechten Szene Münchens in Gefilde, in denen auch die gebildeteren Anhänger der Gauweiler, Brunner, Schönhuber und Frey ideologisch auf- und ausgerüstet werden.

Die ersten Adenauer-Preise der nationalkonservativen, tendenziell rechtsextremen Stiftung waren im Beisein des 91jährigen Namenspatrons und Ehrenpräsidenten am 27.Februar 1967 verliehen worden. **Adenauer** war in die Vorbereitung und 1966 vollzogene Gründung des Vereins einbezogen. Er ließ es sich trotz des hohen Alters und einer gerade absolvierten Reise nach Spanien und Frankreich nicht nehmen, an der Verleihung teilzunehmen. Wenige Wochen vor seinem Ableben hielt er bei dieser Gelegenheit seine letzte öffentliche Rede, die von den Initiatoren und Förderern der Stiftung als sein politisches Testament beansprucht und gedeutet wird. Adenauer hatte darin die konservativen weltanschaulich-ideologischen und staatspolitischen Intentionen der Stiftung begrüßt und sich gegen die gerade laufenden Vorbereitungen der Großmächte für den Atomwaffensperrvertrag gewandt.

Personell und ideell konnten von Anbeginn keine Zweifel am rechtskonservativen, völkisch-nationalistischen und antiliberalen Standort und Anliegen der Institution bestehen. Eigentlicher Initiator und wiederholter Gesprächspartner Adenauers war **Kurt Ziesel**, der bis heute Geschäftsführer der Stiftung und Verantwortlicher für das seit 1969 erscheinende Deutschland-Magazin ist. Ziesel hatte seine journalistische Karriere 1931 als Schriftleiter beim „Hauptblatt der NSDAP in Wien“ begonnen, war später Volontär beim Völkischen Beobachter in Berlin, veröffentlichte Romane und Erzählungen und wurde Soldat und Kriegsberichterstatter. „Das Bekenntnis der Front“ war der umfängliche Leitartikel Ziesels im Völkischen Beobachter (Wiener Ausgabe) vom 3.September 1944 überschrieben. Mit „eiskalten Herzen“ und „mit unversöhnlichem und wildem Haß“ trete man in das sechste Kriegsjahr ein; es gäbe „kein Mitleid und keinen Funken menschlicher Liebe mehr für jene Völker, die die Kultur und Zivilisation unseres Erdteils in Trümmer gelegt haben. Die Vergeltung für ihr Wirken ist uns nicht nur eine Sache neuer Waffen, sondern eine Lebensnotwendigkeit geworden.“

Wenige Wochen nach dem Attentat gegen Hitler sah Ziesel in Deutschland eine „Volksgemeinschaft im schönsten und wahrsten Sinn des Wortes“. Deshalb sei „der Anschlag auf den Führer“ unbegreiflich: „An welchem Abgrund menschlicher Verworrenheit oder geistiger Umnachtung mögen jene Ehrgeizlinge gestanden haben, als sie, wider den Geist des ganzen Volkes sündigend, die Hand gegen den Führer erhoben.“ Die Folgerung: „Jeder, der sich wider den Geist des Krieges versündigt, muß vernichtet werden.“ Ob **Kohl** auch nicht versäumt, seinen journalistischen Günstling zur Gedenkveranstaltung anläßlich des 50.Jahrestages des 20.Juli 1944 einzuladen?

Die Nachkriegsjahre sahen Ziesel als schärfsten Widersacher auch der bescheidensten antifaschistisch-demokratischen Bestrebungen. Nach mehreren Romanen erschienen ab Mitte der fünfziger Jahre von ihm politische Schriften, vorwiegend im neonazistischen J.F. Lehmanns Verlag, München. 1961 eilte er mit „Der rote Rufmord“ Adenauer in der Auseinandersetzung um **Theodor Oberländer** zu Hilfe. Die Gemeinsamkeiten bei der Verdrängung der jüngsten Geschichte, zugunsten der Karriere nazistisch belasteter Kräfte und in der Gegnerschaft zu Antifaschisten, Pazifisten, Gewerkschaftern, Sozialisten und Kommunisten bereitete das verständnisvolle Zusammenwirken Ziesels mit dem Ex-Kanzler ab 1964 zur Gründung der Deutschland-Stiftung vor.

Der erste Träger des Konrad-Adenauer-Preises für Publizistik empfing die Ehrung aus den Händen des greisen Namensgebers und ließ nicht minder als Ziesel frühzeitig den Charakter des nationalistischen Projektes erkennen. **Armin Mohler** war seit seiner Baseler Dissertation über „Die konservative Revolution in Deutschland 1918 - 1932“ und dem Wirken als Sekretär von **Ernst Jünger** (1949-53) als rechtskonservativer Publizist und politischer Schriftsteller tätig. Ab 1961 war er Sekretär und ab 1964 Geschäftsführer der 1958 gegründeten Carl Friedrich von Siemens-Stiftung, München (bis 1985). 1965 erschien seine Schrift „Was die Deutschen fürchten. Angst vor der Politik. Angst vor der Geschichte. Angst vor der Macht“. Es war ein Plädoyer für die Revision des antifaschistischen Geschichtsbildes und für eine neue deutsche Machtpolitik nach außen. Diese zentralen Anliegen verbinden den ersten mit dem bisher letzten Träger des Konrad-Adenauer-Preises: Kohl schickt sich an, in und mit der vergrößerten Bundesrepublik jene ideologischen und machtpolitischen Ziele zu realisieren, die der extrem rechte Vordenker bereits in den sechziger Jahren als unverzichtbare

konservative Orientierungspunkte und Leitbilder verkündete.

Die braungetönte Ehrung wird dem Kanzler keinesfalls unverdient zuteil. Die vom Kaisersohn und CSU-Politiker **Otto von Habsburg** vorgetragene Laudatio fügt sich recht nahtlos ins aktuell-politische Sittenbild der deutschen Rechten ein, ihre feudalen, monarchistischen und soldatischen Nostalgien eingeschlossen. Mit zahlreichen Interviews, Grußschreiben, gelegentlicher Teilnahme an Preisverleihungen und der Bevorzugung Ziesels bei staatsoffiziellen Auslandsreisen (darunter Anfang 1984 nach Israel) erfuhr dieser Tummelplatz in der Grauzone zwischen Konservatismus und völkischem Rechtsextremismus längst die wohlwollende Förderung Kohls. Dem vom DGB vor Jahren als „rechtes Hetzblatt“ bezeichneten Deutschland-Magazin übermittelte er anläßlich des Beginns des 25.Jahrgangs Anfang 1993 seine herzlichen Glückwünsche und würdigte dessen Streit „für die Werte der freiheitlichen Demokratie“. Es helfe, in einer durch den Verlust an Bindungen und Wertmaßstäben gekennzeichneten Zeit „geistige Orientierung zu gewinnen“.

Vor allem aber führt Kohl bundesweit mit der weitgehenden Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Realsozialismus , von rechtem und linkem Extremismus und der von ihnen ausgehenden Bedrohungen die wachsende Schar der Verharmloser des Nazifaschismus und des heutigen rechtsextremen Terrorismus an. Er fördert nationalistische Ressentiments, großmachtpolitische Ambitionen und grobschlächtigen Antisozialismus. Individuelle prägende Züge des Autoritarismus, der Intoleranz im Umgang mit Andersdenkenden, des Mißtrauens gegen selbständige, kritische Geister in und außerhalb der eigenen Partei oder Koalition runden das Bild vom vermeintlichen Musterdemokraten ab. Die deutsche Rechte kann heute und morgen auf Kohl in der Nachfolge von Adenauer und Strauß zählen.

Prof. Dr. Ludwig Elm ist Konservatismusforscher und lebt in Jena

Barbara Ritter

Psychoterror durch "Lebensschützer"

Seit einiger Zeit treten organisierte "Lebensschützer"gruppen mit Angeboten zu „Schwangerschaftskonfliktberatung“ an die Öffentlichkeit. Ganz besonders dreist betreibt dies „Die BIRKE e.V.“, die sich in Heidelberg seit sechs Jahren als anerkannte „Beratungsstelle“ ausgibt und dort mit Methoden des Psychoterrors Frauen zum Austragen der Schwangerschaft nötigt. Die rechtlichen Möglichkeiten gegen solche Machenschaften sind schwach, die Unterstützung von rechts dafür um so lauter. Das Netz der organisierten "LebensschützerInnen" ist unter ÄrztInnen dicht gewebt. Sie spielen dem Verein, zum Teil unter bewußter Falschinformation, Frauen zu.

Nach Aussagen Betroffener drängen die „Birke-Beraterinnen“ die Frauen in stundenlangen Gesprächen zu sehr intimen Aussagen, bestellen sie wiederholt ein, rufen sie zu Hause an oder besuchen sie gar ohne Aufforderung. Sogar gegen den ausdrücklichen Willen einer ungewollt schwangeren Schülerin suchten „Birke“-Mitarbeiterinnen deren ahnungslose Eltern auf und setzten sie über alle Details in Kenntnis. Einer anderen jungen Frau haben sie, ohne sich als „Birke“ erkennen zu geben, den bereits vereinbarten Abbruchtermin in einer Arztpraxis abgesagt. Einer ausländischen Frau drohten die „Birke“-Beraterinnen: „Wenn Sie anderswo abtreiben, verfolgen wir Sie überall hin, Sie sind registriert, Sie werden ausgewiesen und bekommen nie wieder ein Visum“.

Die „Birke“ ist keine staatlich anerkannte §218-Beratungsstelle. Sie ist weder berechtigt noch Willens, den für einen legalen Abbruch notwendigen Beratungsschein auszustellen. Dennoch gibt sich die „Birke“ als anerkannte Beratungsstelle aus, betrieben durch einen freien, überkonfessionellen Träger, dessen Mitarbeiterinnen ausschließlich verständnisvolle, kompetente Frauen mit „20-jähriger Beratungserfahrung“ und „christlich feministischer“ Überzeugung seien. Ihre internen „Birke-Briefe“ verraten jedoch neben politischen Eiferertum religiös inspirierte Zwanghaftigkeit und ihre Zugehörigkeit zum radikalen Flügel der evangelikalen "LebensschützerInnen".

Diesen ideologischen Hintergrund verbirgt die „Birke“ bewußt bei ihrer Werbung in der Öffentlichkeit und insbesondere unter der Ärzteschaft. So brachte die täglich erscheinende „Ärztezeitung“ Ende 1993 einen ausgesprochen lobenden Artikel über die „im Dienst der Frauen“ stehende Arbeit der „Birke“. Im Fachblatt „Der Frauenarzt“, dem gemeinsamen Organ der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe und des Berufsverbandes der Frauenärzte, konnten sich die „Birke“-Leiterinnen, die Rechtsanwaltsgehilfin **Sonja Dengler** und die Diplomübersetzerin **Ingrid Elgert**, sogar selbst mit einem geschönten „Erfahrungsbericht“ ausbreiten. Dieser Coup konnte der „Birke“ wohl deshalb gelingen, weil die Herausgeber der Zeitung selbst von "Lebensschützern" dominiert werden: der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie, Prof. **Hermann Hepp** aus München, ist ein vielzitiertes Mitglied der „Juristenvereinigung Lebensrecht“.

Aber nicht nur aus Unkenntnis des wahren Hintergrunds der „Birke“, sondern unter bewußter Falschinformation schicken manche Ärzte ihre Patientinnen dort hin. Die „Birke“ sei „die für die Region zuständige Beratungsstelle“ und eine Institution, die sogar Abbrüche durchführe, behaupten die NachfolgerInnen einer bekannten südhessischen „Abbruch-Praxis“. Die Frauenärztin Dipl.med. **Gabriele Wlocka**, die die Praxis übernommen hat, verschreibt aufgrund ihrer christlichen Überzeugung nicht einmal die Pille. Ein weiterer Arzt, **Manfred van Treek**, der die Telefonnummer der ehemaligen Abtreibungspraxis übernommen hat, ist Mitglied bei „Pro Vita“, und engagiert sich wie seine Kollegin bei der militanten „Aktion Leben“ und der „Europäischen Ärzte Aktion“. Beide "Lebensschützer"organisationen lassen sich gerne über den drohenden „Untergang des christlichen Abendlandes“ und das „Aussterben des deutschen Volkes“ im besonderen aus. Die „Europäische Ärzte Aktion“ arbeitet darüber hinaus seit einiger Zeit eng mit der umstrittenen rechtslastigen Psychosekte „Vereinigung zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis (VPM)“ zusammen.

Die Hessische Ärztekammer hat nach langem Zögern ein Berufsaufsichtsverfahren gegen die Viernheimer Ärztin einleitet. Immerhin ist der zweite Vorsitzende der hessischen Ärztekammer, Dr. **Wolfgang Furch**, selbst ein aktiver "Lebensschützer". Er ist Vorsitzender der „Pro Vita“, tritt häufig bei Kongressen der „Europäischen Ärzteaktion“ auf und ist Kuratoriumsmitglied des evangelikalen „Vereins Christlicher Publizisten“ (VCP). Auch der VCP arbeitet ausgesprochen eng mit der Psychosekte VPM zusammen..

Das §218-Urteil des Bundesverfassungsgerichts Ende Mai 93 ermunterte die „Birke“, beim baden-württembergischen Frauenministerium einen Antrag auf Anerkennung als §218-Beratungstelle und auf Finanzzuschüsse von 50.000 DM monatlich zu stellen, nicht ohne den Hinweis, daß sie seit Jahren schon genau nach den Vorgaben des Urteils arbeite. Beim Ministerium hoffte die „Birke“ auf offene Ohren, hatte sie doch schon 1989 unter der CDU-Allein-Regierung bei der Anti-Abtreibungs-Kampagne beratend mitgewirkt. Der Antrag wurde aus formellen Gründen abgelehnt, weil die „Birke“ sich nicht bereit erklärte, in jedem Fall eine Beratungsbescheinigung auszustellen.

Trotz der Ablehnung durch das Ministerium setzt die „Birke“ ihre Tätigkeit unverdrossen fort. Es zeigt sich, daß gegen den Psychoterror der "LebensschützerInnen" praktisch keine Eingriffsmöglichkeiten des Staates gegeben sind. Das Beratungsgesetz, d.h. die Landesrichtlinien und die Anordnung des Bundesverfassungsgerichts, ist nur auf aner-

kannte Beratungsstellen anwendbar. Während professionelle Beraterinnen strengster staatlicher Überwachung ausgesetzt sind, kann die selbsternannte „Beratung“ durch den "Lebensschützer"-Verein nicht kontrolliert oder unterbunden werden. So kann die baden-württembergische Frauenministerin Brigitte Unger-Soyka (SPD) nicht einmal vor der „Birke“ warnen, sondern nur darauf hinweisen, daß es sich nicht um eine anerkannte Beratungsstelle handelt.

Allein die geschädigten Frauen können Strafanzeige gegen die „Birke“ erstatten. Doch gerade sie haben es schwer, gegen die „Beratungs“-Praktiken der „Birke“ rechtlich vorzugehen, weil die Nötigung zum Austragen eines Embryos dem höchstrichterlich definierten Staatsziel von der „Rechtspflicht zum Austragen des Kindes“ allemal näher steht als die Entscheidungsfreiheit der Frau. Trotz massiver Drohungen der „Birke“ hat eine betroffene Frau Strafanzeige gegen die „Birke“-Beraterinnen gestellt, die Kriminalpolizei ermittelt seit April 94 wegen Betrugs, Körperverletzung, Nötigung und Urkundenunterdrückung. Die „Birke“ läßt sich durch den einschlägig bekannten Rechtsanwalt Dr. **Wolfgang Philipp** aus Mannheim vertreten.

Als langjähriger Kämpfer um die Verschärfung des §218 hat Philipp schon mit mehreren bundesweit bekannten Muster-Prozessen Aufsehen erregt. Er ist Gründungsmitglied der „Juristen-Vereinigung Lebensrecht“, ein Verein, der seine Finger tief in den Zentren der Macht stecken hat. Philipps Ausarbeitungen zum Thema „Abtreibung als öffentlich-rechtliche Kassenleistung - eine zentrale Frage des Rechtsstaates“ waren Grundlage der Klagen gegen die neue Fristenregelung beim Bundesverfassungsgericht, die er so kommentierte: „Der gesamte Nachwuchs unseres Volkes muß in Zukunft durch einen Todeskorridor von drei Monaten, in dem er gänzlich schutzlos ist." (FAZ 4.7.92). In zahlreichen Leserbriefen in der FAZ warnt Philipp vor dem drohenden Untergang des deutschen Volkes durch die „tödlichen Paragraphen“: Fristenregelung und Asylrecht. Schon am 23.1.82 hielt Dr. Philipp bei der Gründungsversammlung des rechtsextremen „Schutzbundes für das Deutsche Volk“ eines der Hauptreferate, (er trat dem Schutzbund aber nicht bei). Er trat 1991 aus der CDU aus, denn deren Abtreibungs- und Asylpolitik war ihm zu liberal.

Unterstützung findet die „Birke“ auch bei der baden-württembergischen Landtagsfraktion der „Republikaner“. Sie schlug die „Birke“ als „Sachverständige“ für eine öffentliche Anhörung im Landtag zum Thema Beratung vor. Die rechtsextreme Wochenzeitung „Junge Freiheit“ berichtet ausführlich über die „Birke“ als eine „von Frauen selbstverwaltete Initiative“, sammelt Spenden durch die Versteigerung von Büchern der militanten Lebensschützerin **Karin Struck** und beklagt jetzt, daß gegen die „Birke“ eine ex-stasi-gesteuerte Verleumdungskampagne laufe.

Barbara Ritter ist Mitautorin des Buches „Vorsicht Lebensschützer!“, das 1991 im Hamburger Konkret-Literatur-Verlag erschien

Otto Wunderlich

Ein Tag in Northeim

"Dem organisierten Neo-Faschismus entgegentreten Kampf der FAP"

Durch die Initiative der Autonomen Antifa (M) und der Antifa Jugendfront Göttingen kam es am 4.Juni 1994 in Northeim zur Demonstration eines antifaschistischen Bündnisses gegen die FAP und deren Landesvorsitzenden Thorsten Heise. Dieses Bündnis bestand aus mehreren linken Göttinger Gruppen sowie den Kreisverbänden der Grünen aus Göttingen und Northeim. Kurz vor der Demonstration riefen auch noch die Einzelgewerkschaften GEW und ÖTV sowie der DGB, die VVN/Bund der Antifaschisten, der AStA der Uni Göttingen, die Jusos und der SPD-Ortsverband Göttingen-Süd zur Beteiligung an der Demonstration auf.

Ca. 2500 Menschen folgten dem Aufruf. Bevor die Demonstration überhaupt stattgefunden hatte, wurde unerwartet am 2. Juni der niedersächsische Landesvorsitzende der



Der „Schwarze Block“ an der Spitze der Demonstration auf dem Weg zur Polizeisperre in Northeim

„Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) **Thorsten Heise** wegen des Verdachtes auf gefährliche Körperverletzung festgenommen. Ihm droht jetzt nicht nur eine Verurteilung, weil er TeilnehmerInnen einer SchülerInnenfeier in Northeim mit der Gaspistole ins Gesicht geschossen haben soll, sondern auch der Widerruf einer Bewährung. 1991 war er zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt worden, weil er versucht hatte, einen libanesischen Asylbewerber zu überfahren. Bei einem Haftprüfungstermin am 22. Juni in der Justizvollzugsanstalt Hannover hatte der Haftrichter angeordnet, daß Thorsten Heise weiter hinter Gitter bleibt. Trotz der Verhaftung verbarrikadierten sich rund 150 Faschisten, unter ihnen der FAP-Bundesvorsitzende **Friedhelm Busse,** bewaffnet in Heises Haus. Ziel der Demonstration war es, an dem Haus von Thorsten Heise vorbeizugehen. Dieses Ziel wurde nicht erreicht, da die Polizei ca. einen Kilometer vor dem Haus eine unüberwindbare Straßensperre aufgebaut hatte, die einen Sichtkontakt mit den Nazis unmöglich machte. Rund 1000 Einsatzkräfte waren vor Ort. Das Konzept der Demonstration schrieb einen friedlichen Verlauf der Demonstration vor. Daran hielten sich die TeilnehmerInnen auch. Lediglich an der Absperrung kam es zu kleinen Rangeleien.

Die Autonome Antifa (M) schreibt in ihrem Bewertungspapier zur Demonstration in Northeim: „Demonstrationen mit ausgerüstetem Schwarzen Block sind im bundesweiten Vergleich nur noch in Göttingen und Umgebung möglich, ohne daß ein übermächtiges Polizeiaufgebot solche Aktionen von vornherein unterbinden würde. Durch die konzeptionelle Politik hat sich eine politische Konstellation entwickelt, in der autonome Praxisformen von nahezu allen bürgerlichen Gruppierungen toleriert und mitgetragen werden. Dies ist zurückzuführen auf eine mittlerweile siebenjährige kontinuierliche politische Arbeit, auf vernünftige Konzepte, die eine konstruktive Weiterentwicklung autonomer Politik ermöglicht haben“ (Bewertung der Antifa-Demonstration vom 4. Juni 1994, veröffentlicht in der Pressemappe der Autonomen Antifa (M) zur Antifaschistischen Demonstration am 4. Juni 1994 in Northeim). Es ist richtig, daß die Polizei in Göttingen einen schwarzen Block zuläßt. Der schwarze Block wird in Göttingen von der Polizei nur toleriert, weil die KonzeptunterzeichnerInnen ihnen jedes Jahr aufs neue einen friedlichen Verlauf versprechen und sich bisher auch immer daran gehalten haben. Begünstigend kommt dazu, daß die Polizei im Raum Göttingen auf ein Deeskalationskonzept setzt.

Hartmut Power

Nach der Umkehr vor der Northeimer Polizeisperre:

Was nun, Antifaschistische Aktion ?

Gemäß ähnlicher Aktionen gegen die Zentren von Neo-Faschisten in Adelebsen (Hans-Michael Fiedler, NPD), in Mainz/Gonsenheim (Ehepaar Müller, HNG) und in Detmold-Pivitsheide (Meinolf Schönborn, NF) fand am 4. Juni eine Aktion unter dem Motto: „Dem organisierten Neo-Faschismus entgegentreten! - Kampf der FAP!" in Northeim statt. Initiative und Organisation lagen hauptsächlich in den Händen der Autonomen Antifa (M) und der Antifa Jugendfront Göttingen im Rahmen des bundesweiten Zusammenschlusses von AntifaschistInnen unter dem Sigel Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation.

Form und Modus der Northeimer Aktion waren keine Neuerfindung. Wie bei allen vorangegangenen „Aktionen" blieb der Nachgeschmack in der eher resignativen Frage: war's das? Vor den Polizeiketten dem organisierten Neo-Faschismus entgegentreten und gegen die FAP kämpfen?

Reaktion der Medien

Die bürgerliche Presse nimmt sich der „Antifaschistischen Aktionen" schon seit Jahrzehnten unterschiedlich gerne an. Je spektakulärer eine Aktion inszeniert ist, um so dichter ist das Objektiv am Geschehen. Je nach politischer Großwetterlage wird entweder gegen die Antifa gehetzt oder wohlwollend berichtet. Zumeist werden größere politische Zusammenhänge auf wenige platte Klischees reduziert, der Neo-Faschismus z. B. als „Jugendproblem" denunziert oder zu einem „Bandenkrieg" zwischen extrem Linken und Rechten reißerisch stilisiert.

Der Fernsehbeitrag über die Northeimer Aktion im Dritten Programm der ARD (N3) hob auf „ausgewogene" Berichterstattung ab: einen links, zwei rechts (die obligatorischen „Führerworte" von den FAP-Funktionären **Busse** und **Heise**) und eine/r aus der Mitte (Northeimer Bürger). Die FaschistInnen kamen genauso zu Wort wie die AntifaschistInnen oder zwei Schüler, die durch den Gaspistolenangriff mit Heises Beteiligung verletzt worden waren.

Die Antifa (M) tauchte ebensowenig als Organisation in dem Bericht auf wie die bundesweite Vernetzung. Ein klarer Fall von schlechter Medienpolitik bzw. blindem Vertrauen in den bürgerlichen Journalismus. Die InitiatorInnen verschwinden in den Fernseh- und Presseberichten und dadurch versickert das, was an Organisationsmodell mit Vorbildcharakter multipliziert werden soll in den Kanälen der öffentlich-rechtlichen und der privaten Fernsehsender. Was aber kann in den Köpfen der BetrachterInnen solcher Bilder haften bleiben?

Der N3-Bericht ist in sechs Punkte untergliedert: 1. Vorspann (Ansagemoderation: „Beide Seiten zu Wort kommen lassen"), 2. „Die Stadt" (CDU-Informationsstand, Schüler), 3. „Die Neonazis" (Heise mit zerschlagenem Gesicht vor FAP-Fahne, **Michael Homeister** als Kroatiensöldner), 4. „Die Festung" (Wohnung von Heise, Vorplatz: Vermummte Neo-FaschistInnen, ihre Mittelklassenwagen unter Holzpaletten, Vorsitzender: Friedhelm Busse, FAP-Rechtsberater: **Andre Goertz** beide unvermummt feixend), „Die Autonomen" (ein Sprecher der Antifa: „Diese Demonstration soll eine Manifestation eines breiten gesellschaftlichen Spektrums gegen Neofaschismus und Rassismus sein."), „Die Demonstration" (Erste Reihe: schwarzer Block, Parole: Staat und Nazis Hand in Hand. Organisiert den Widerstand", verschiedene Bürger, darunter ein 80jähriger Nazi, die Neo-Faschisten auf dem Dach von Heises Wohnung).

Die Neo-Faschisten kommen in dem gesamten Bericht gut weg. Der freundliche ältere Bundesvorsitzende, der die Ordentlichkeit seiner „Jungen" loben darf und die „treuen Kameraden", die im Military-Look auf dem Dach ihren Landesvorsitzenden bzw. seine Wohnung vor der „Antifa" schützen wollen, so, als ob sie bei einem Söldnereinsatz in Kroatien weilen.

Der antifaschistische Angriff: Flug einer Eintagsfliege?

Alle erwähnten „Aktionen" waren als Demonstrationen (sich zeigen) auf der Straße angelegt, eingebettet in einigen vorbereitenden Diskussionsveranstaltungen in Sälen. Die Northeimer „Aktion" richtete sich gezielt gegen einen einzelnen subalternen Funktionär einer militanten neo-faschistischen Partei, der FAP. Das änderte sich auch nicht als der Funktionär und Parteisöldner Thorsten Heise wenige Tage vor der Aktion verhaftet wurde und sein Parteivorsitzender Friedhelm Busse in Northeim auftauchte. Die Demonstration war auf wenige Stunden begrenzt, im Anschluß daran wurde eine „Fete" in Göttingen organisiert. Zwar blieb Heise über die antifaschistische Aktion hinaus in Haft, aber weitere Konsequenzen aus der antifaschistische Aktion sind nicht zu erkennen. Damit bleibt auch diese Aktion, wie alle anderen, auf nur einen Tag beschränkt.

Ein Rückblick auf die „Aktion" gegen das Schulungszentrum des NPD-Funktionärs Hans-Michael Fiedler im März 1993, zeigt, daß dem Vorbeimarsch an dessen Schulungszentrum nichts weiter gefolgt ist. Einzig Fiedler führte gegen einen einzelnen Antifaschisten bis heute einen Prozeß, den er in verschiedenen Instanzen regelmäßig verlor.

Dabei gab und gibt es genügend Anhaltspunkte die „Antifaschistische Aktion" gegen das Fiedler-Zentrum z.B. fortzusetzen, zu demonstrieren, daß das eigene Geschichtsverständnis sich deutlich von der bürgerlichen Sichtweise unterscheidet. Nämlich dadurch, nicht auf einzelne „Führerfiguren" abzuheben. Männer machen nicht die Geschichte, kein Kaiser, kein Gott, kein Volkstribun! Gerade die NPD ist mit ihrer Verquickung im Bereich des Revanchismus ein Musterbeispiel dafür, wie tief der Neo-Faschismus in der bürgerlichen Gesellschaft verankert ist und bleibt. Konsequenter Antifaschismus muß an diese Vernetzung herangehen, darf nicht bei den Söldnern stehenbleiben, sondern muß an deren Geldgeber heran. Objekte gibt es in Südostniedersachsen zur Genüge und werden größtenteils in den Dokumentationen der Antifa (M und anderer) immer wieder erwähnt.



Der „Schwarze Block" an der Polizeisperre in Northeim

In der bürgerlichen Presse blieb zumeist das übrig, was in der Frankfurter Rundschau (FR) über die „Antifaschistische Aktion" am 4.Juni 1994 geschrieben stand: „Mit Straßensperren hat die Polizei am Samstag im niedersächsischen Northeim mehr als 2.500 antifaschistische Demonstranten gehindert, zum Haus des Landesvorsitzenden der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), Thorsten Heise, zu marschieren...."

Aus dem Nachlaß der Anti-AKW-Aktionen: Mehrtägige Belagerungen von faschistischen Zentren

In der jüngeren Geschichte des politischen Kampfes gegen Neo-Faschisten gab es Aktionsformen, die länger als ein paar Stunden dauerten. In Anlehnung an Anti-AKW-Aktionen probierten anfangs der Achtziger - 20 Tote waren zwischen 1980 und 1983 Opfer der „Ausländerfeindlichkeit" in der BRD geworden - AntifaschistInnen als neue Form

der politischen Aktion gegen die NPD die symbolische Belagerung von Parteizentralen aus. Vom 19. September 1982 (fünf Minuten vor Zwölf!) bis zum 24. September 1982 wurde das Zentrum der „Bürgerinitiative 'Ausländerstop' in Bochum-Wattenscheid eine Woche lang belagert. Kulturelle Veranstaltungen (Musik-, Diskussions- und Informationsveranstaltungen) begleiteten die antifaschistische Aktion. TeilnehmerInnen der Blockade suchten die Nachbarhäuser der NPD-Zentrale auf und sprachen mit den BewohnerInnen, die sich zum Teil selber an der Aktion beteiligten. Das Motto der Aktion lautete: „Keine Freiheit für die Volksverhetzer."

Die Aktion von GewerkschaftlerInnen erhielt von offizieller Seite großen Zuspruch. Der Bochumer Oberbürgermeister begrüßte die Aktion ausdrücklich. Innenminister Herbert Schnoor wertete die Belagerung in einem Schreiben an die Gewerkschafter als einen „Beitrag zur Wahrung des sozialen Friedens in unserer Gesellschaft" (FR vom 21. 09.1982).



Michael Petri und Christian Worch (vorne), Banner der FAP-Göttingen (hinten), 1993

„Machst du dir Sorgen wegen der wachsenden Ausländerfeindlichkeit?" wurde auf dem Flugblatt von den AntifaschistInnen gefragt und von den LeserInnen gefordert: „Das ist richtig, aber es reicht nicht aus. Darum haben sich Arbeiter und Lehrer, Hausfrauen und Schauspielerinnen, Betriebsräte und Vertrauensleute aus allen Städten des Reviers und aus unterschiedlichen politischen Richtungen zusammengefunden und beschlossen, Lokaltermin zu halten: Wir belagern eine Woche lang die Zentrale der NPD-Bürgerinitiative Ausländerstop." Mit diesem Flugblatt „riefen 94 Initiatoren der Belagerungsaktion in Bochum-Wattenscheid deutsche und ausländische Mitbürger auf, konkret etwas zu tun gegen die Ausländerhetze, die von der nordrhein-westfälischen Zentrale der Neonazis ausgeht." (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 3.10.1982)

Vor elf Jahren...

Ende Januar 1983 wurde die Gärtnerei der Müllers in Mainz-Gonsenheim, häufiger Treffpunkt von Neo-Faschisten wie **Kühnen**, **Gary Lauck** etc., drei Tage lang belagert. Mit Zelt, Transparenten, Vorträgen und Berichten von ehemaligen KZ-Häftlingen sowie unter dem Einsatz von 300 Polizisten wurde die Boykottaktion durchgeführt. Der SPIEGEL berichtete damals: „Vermummte Jung-Männer in Stiefeln und paramilitärischen Uniformen, zum Teil mit Stahlhelmen bewehrt und mit Knüppeln und dicken Eisenstangen bewaffnet, schoben Wache auf dem Hof oder patrouillierten am Zaun entlang - angeblich zum „Selbstschutz" vor „linken Terrorkommandos" und „rotem Mob".

Das galt einer gemischten Gruppe von Gewerkschaftern, Grünen, Sozialisten und Kommunisten, die sich drei Tage lang gegenüber der Gärtnerei versammelten, um das Grundstück „symbolisch" zu belagern und gegen die Aktivitäten des Neonazis Müller zu protestieren („Keine Freiheit den Volksverhetzern"); die Demonstration war behördlich angemeldet und genehmigt. (...)300 Polizisten mit Wasserwerfern und Schäferhunden mußten rund um die Uhr verhindern, daß Neonazis und Demonstranten aneinandergerieten. Meinungsverschiedenheiten wurden akustisch ausgetragen. Während die Antifaschisten „Jiddische Lieder" sangen oder der Münchner Gruppe „Roter Wecker" zuhörten, grölte Müllers Heimwehr Karnevalsschlager („Humba, Humba-Täterä und schrie 'Helau')." (SPIEGEL (1983), Nr. 6, S. 78)

... und morgen?

Aus der Vergangenheit lernen und nach vorne gehen, lautet eine alte linke Weisheit. Darum muß die Analyse der Northeimer Aktion Verbesserungen für die Zukunft aufzeigen. Die OrganisatorInnen werden diesem Anspruch mit ihrem Auswertungspapier leider nicht gerecht.



Das Ende des Banners der FAP-Göttingen am 4.6. 1994 in Northeim

Die eigene Bewertung der Aktion von seiten der Antifa (M) in Stichworten zusammengefaßt: Gelobt werden das offene Bündniskonzept, das Zahlenverhältnis Frauen/Männer im Lautsprecherfahrzeug und in den ersten Reihen, die Verhaftung vom FAP'ler Heise zwei Tage vorher wird als Erfolg der Aktion hervorgehoben. Weiterhin wird die Größe mit knapp 3000 TeilnehmerInnen positiv gesehen sowie die Verankerung autonomer Politik in der Region. Kritisiert werden die fehlende Nennung der bundesweiten Organisation und technische Probleme mit der Lautsprecheranlage (vor der Erfindung des Lautsprechers wurden Veranstaltungen mit 250.000 TeilnehmerInnen problemlos durchgeführt!). Die Einschätzung des Polizeieinsatzes (1000 Beamte), das Verhalten einiger Vertreter der Partei Bündnis 90/Die GRÜNEN, die sich gegen die Demonstrationsspitze stellten, und die Rolle der Presse, die die Hinweise auf die antiimperialistische Zielsetzung der Demonstration nicht gewürdigt haben, werden gesondert besprochen.

Im Gesamtfazit wird mit einer Bezugnahme auf eine Demonstration gegen das faschistische Zentrum in Hetendorf von 1987 die Northeimer Aktion als erfolgreich bezeichnet. Zwei Zitate aus dem Resümee der Antifa (M) sollen die Zielrichtung der Aktion verdeutlichen: „In der politischen Landschaft Südniedersachsens sind Autonome die politische Kraft, die auf dem Gebiet des Antifaschismus die tragende Rolle spielt und den gesellschaftlichen Diskurs vorantreibt. Antiimperialistische Inhalte werden in Südniedersachsen fast ausschließlich durch Autonome in die Gesellschaft getragen. (...) Ein Ziel unserer Politik ist es, politische Impulse in die Gesellschaft hineinzutragen und so emanzipatorische Prozesse innerhalb der verschiedenen politischen Spektren auszulösen." (aus dem Bewertungspapier vom 17.06.1994)

Ein weiteres Ziel wird in dem Papier mit „Profil gewinnen" benannt. Diese Marketing-Strategie kann m.E. zum Verlust politischer Glaubwürdigkeit führen, wenn eine politische Gruppe nur noch „ihrem" Profil hinterherläuft.

Die sogenannten Angriffe auf faschistische Zentren dürfen nicht zu Standbildern verkommen, gar als ein Pflichtritual mißbraucht werden. Der Versuch, an einem Objekt der Neo-FaschistInnen vorbeizulaufen, sollte auch als das bezeichnet werden, was er tatsächlich ist: Aufmerksamkeit einer breiteren bürgerlichen Öffentlichkeit auf Orte zu lenken, an denen Neo-FaschistInnen aktiv sind.

Qualitativ und vom selbst formulierten Anspruch her, kommt die Antifa (M) über „Trägerdienste" nicht hinaus und stellt ihre faktische Wirkung ins falsche Licht. Ein Grund dafür mag in der dürftigen Recherche vor Ort liegen, ein gewichtigerer in der mangelnden Verankerung an der gesellschaftlichen Basis. Hier kann eine Korrektur des eigenen Selbstverständnisses Wunder bewirken. Man(n) muß nicht immer die „tragende" Rolle spielen, die (größte) „politische Kraft" sein wollen. Das Ansinnen konterkariert den eigenen Wunsch „emanzipatorisch" wirken zu wollen.

Kai Grünberg

Eingreifen ist gerechtfertigt!

Unter diesem Motto fand am Sonnabend, dem 21.Mai 1994, in Berlin eine Demonstration von rund 3000 AntifaschistInnen statt. Anlaß dazu war nicht allein die Kriminalisierung der aus überwiegend türkischen und kurdischen Jugendlichen bestehenden Gruppe „Antifasist Genclik" (Antifaschistische Jugend), sondern auch die Vielzahl von Strafverfahren, die bundesweit gegen mutmaßliche Mitglieder militanter antifaschistischer Gruppen gerichtet sind.

Antifaschistische Aktion

Während der faschistische Terror für viele Menschen schon zum „normalen" Zeitgeschehen gehört, werden diejenigen, die sich gegen die Verschärfung der Situation zur Wehr setzen, kriminalisiert. Ihnen drohen lange Untersuchungshaft, Ermittlungen nach dem berüchtigten Paragraphen 129a (Bildung, Mitgliedschaft oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung), bei Verurteilung langjährige Haftstrafen und im Extremfall auch die Einweisung in Psychiatrien.

Einige der wichtigsten Beispiele: In Hamburg ist jetzt Anklage gegen den Antifaschisten Burkhard K. erhoben worden: Fast 5 Jahre nach der Aktion eines „Mobilen Antifa-Kommandos", das ausgestattet mit grünen Overalls mit der Aufschrift POLIZEI die Wohnung von **Ursula** und **Christian Worch** „stürmte", die beiden fesselte, die Wohnung durchsuchte und mit Aktenordnern und Unterlagen dieser beiden wesentlichen Köpfe der bundesdeutschen Neonazis wieder verschwand. Ein Verfahren nach §129a gegen Burkhard K. und drei weitere Personen - aufgrund von 18 „Terroranschlägen", die ihnen mittelbar und unmittelbar zur Last gelegt werden sollten - ist zwischenzeitlich eingestellt worden.

In Göttingen wird gegen ca.20 Personen nach §129a ermittelt. 15 von ihnen, zum Teil sehr junge SchülerInnen, wurden (nach einem Angriff von etwa 40 vermummten AntifaschistInnen auf das in Mackenrode bei Göttingen gelegene frühere Schulungszentrum der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" und Wohnhaus des damaligen niedersächsischen FAP-Landesvorsitzenden **Karl Polacek**) in der weiteren Umgebung von Mackenrode festgenommen. Neben diesen 15 Betroffenen gibt es laut der Staatsanwaltschaft in Celle noch weitere Ermittlungen nach §129a. Neben mehreren Wohnungen wurde auch eine Buchhandlung in Göttingen durchsucht, die als Kontaktadresse von betroffenen Gruppen genutzt wird.

Am 6.Januar 1993 wurde der Antifaschist Gunther S. aus Wiesbaden in einer Polizeisperre verhaftet und kam für 6 Monate in Untersuchungshaft. Angeblich soll er drei Stunden vor seiner Festnahme an einer Aktion gegen eine Veranstaltung der verbotenen „Deutschen Alternative" beteiligt gewesen sein. Bei der Aktion wurden einige Neonazis leicht verletzt und die Frontscheiben einiger ihrer Fahrzeuge eingeschlagen. Der Haftrichter begründete die lange Untersuchungshaft mit der „autonomen, sozialistischen Gesinnung" des Verdächtigen und mit dem Fund eines Stockes in dessen Fahrzeug.



Faschistische Gewalt und antifaschistische Militanz

Vor diesem Hintergrund geht es nicht darum, härtere Strafen für Neonazis und „Rechtsgleichheit" zu fordern. Der Staat steht nicht „neutral zwischen den Extremen", wie immer vorgegeben wird, um die Entwicklung von mehr staatlichen Befugnissen und einer autoritären Gesellschaft zu rechtfertigen. Faschistische Gewalt und antifaschistische Militanz sind nicht das Gleiche. Auch wenn viele AntifaschistInnen Militanz als Mittel im politischen Kampf ablehnen.

Der menschenverachtende Terror der Faschisten richtet sich pauschal gegen jene Menschen, die von ihnen als „unwertes Leben" betrachtet werden. Und er richtet sich auch gegen jeden beliebigen Menschen, der das Unglück hat, Opfer eines faschistischen Anschlages, wie 1981 bei dem Münchner Oktoberfestattentat (7Tote) und 1980 beim Anschlag auf den Hauptbahnhof von Bologna (85 Tote) zu werden, die allein den Sinn hatten, Angst und Schrecken zu verbreiten und einen „starken Staat" herbeizubomben.

Daß beim Kampf gegen die Faschisten Gewalt angewendet wird, kann keinem Antifaschisten gefallen. Niemand, die oder der antifaschistische Ideen vertritt, übt Gewalt aus, weil es „Spaß" machen würde. Es ist nur einfach so, daß immer mehr Menschen in den letzten Jahren in der BRD zu der Erkenntnis kamen, daß man sich selber verteidigen muß, daß man von Polizei und Justiz nichts zu erwarten hat - ja daß Kumpanei mit Neonazis und rassistische Einstellungen bei Angehörigen von Behörden keinesfalls Ausnahmeerscheinungen sind. Die Brandanschläge und Mordversuche, die Morde, stellen für die betroffenen "AusländerInnen", Asylsuchenden, Obdachlosen, "Behinderten", Homosexuellen und nun auch jüdische Gemeinden nur den Höhepunkt alltäglicher Diskriminierung dar. Die Erfahrung zeigt, daß es sich dort, wo antifaschistische Gegenwehr ausgeübt wird, sicherer lebt als anderswo. So haben sich 1990/91 „ausländische" Jugendliche das Recht nach Ostberlin fahren zu können, regelrecht erobert. Im Gegensatz zu früher werden sie dort heute weitgehend in Ruhe gelassen.

Warum der Straßenterror mit dem Mittel der direkten Konfrontation in vielen Fällen zurückgedrängt werden konnte hat seine Erklärung: Die Identität vieler Jung-Nazis baut unter anderem auch auf ihrem Gefühl von Stärke auf. Sie streben nach Herrschaft und schlagen gegen diejenigen, die sie für schwächer halten. Sobald sie bemerken, daß ihrem Terror Grenzen gesetzt werden, wird diese Identität unattraktiv. Wer den Faschisten und ihren MitläuferInnen das Gefühl läßt, auf der Straße stark zu sein, bekräftigt sie daher in ihrem Denken.

Antifaschistische Politik ist sehr viel mehr als die Gegenwehr auf der Straße und direkte Aktion gegen die Organisationsstrukturen der Faschisten. Antifaschistische Gegenwehr alleine kann den Faschismus nicht besiegen. Nazis, die nicht mehr auf der Straße prügeln, sind immer noch Nazis.

Die Grundstrukturen faschistischer Ideologien - die angebliche Ungleichwertigkeit von Menschen, Autoritätshörigkeit, Rassismus, Antisemitismus, Frauenverachtung, und, und, und - kommen aus der Mitte der Gesellschaft. Sie stecken in den allermeisten Köpfen. Eine antifaschistische Bewegung, der es ernst ist und die nicht allein auf den Erhalt des Status Quo bedacht ist, muß deshalb auf den verschiedensten Ebenen der Gesellschaft für Veränderungen arbeiten. Und handeln.

Solidarität mit gesuchten und gefangenen AntifaschistInnen

Fünf türkische, bzw. kurdische AntifaschistInnen aus Berlin befinden sich zur Zeit in Untersuchungshaft. Nach sechs weiteren, darunter drei Deutschen, wird gefahndet. Sie werden des „gemeinschaftlichen Mordes", bzw. „gemeinschaftlichen Mordversuches" an dem Funktionär der „Deutschen Liga" **Gerhard Kaindl** beschuldigt.

Erkan S. (18) stellte sich am 13.November

1993 der Polizei. Er machte Aussagen, in denen er sich selbst und andere belastete, an dem Angriff auf das Treffen der „Deutschen Liga" beteiligt gewesen zu sein. Es ist stark davon auszugehen, daß er der psychischen Belastung einer Verhörsituation nicht gewachsen war. Er war bereits früher wiederholt in psychiatrischer Behandlung. Seine Aussagen bilden die Grundlage für die zehn weiteren Haftbefehle.

Nach einigen Wochen verweigerte Erkan S. jede weitere Aussage. Auch verschlechterte sich sein psychischer Zustand so sehr, daß er zunächst in die Psychiatrisch-Neurologische Abteilung der Justizvollzugsanstalt Berlin-Tegel eingewiesen und später in die geschlossene Abteilung einer „Nervenklinik" überstellt wurde. Dort ist er seitdem in Behandlung.



Transparenttext: "Die faschistischen Strukturen aufdecken und angreifen!", 21.5.1994
Hautnahes Polizeispalier mit Körperkontakt zu antifaschistischen DemonstrantInnen

Auch Bahrettin Y. (21) wurde aufgrund dieser Aussagen gesucht. Ihm war bekannt, daß Ermittlungen gegen ihn im Gange waren, aber er wollte nicht „untertauchen". Die Haltung, die er nach seiner Festnahme an den Tag legte, sorgt in der Unterstützungsarbeit für die gefangenen und noch gesuchten AntifaschistInnen für schwerwiegende Auseinandersetzungen. Er stellt sich selbst als den Unwissenden dar, der gar nicht wußte, wohin man eigentlich gehen wollte und warum. Er sei einfach mitgelaufen ...

Im krassen Gegensatz dazu will er wissen, daß die anderen Beschuldigten einen Mord geplant, bzw. in Kauf genommen hätten. Seine Kooperationsbereitschaft und der Opportunismus, der aus seinen Aussagen spricht, zeigen, daß er sich anscheinend Hoffnung auf Vorteile seitens der Justiz macht. Sein Rechtsanwalt hat bestätigt, daß sein Mandant keinen Kontakt zu den anderen Gefangenen und zu UnterstützerInnen, keine Post und keine Solidarität von außerhalb haben will.

Eine/r der gesuchten AntifaschistInnen schreibt in einem Brief: „Erkan und Bahrettin haben uns und dem antifaschistischen Kampf großen Schaden zugefügt. Durch ihre Aussagen haben sie FreundInnen schwer belastet. Als Verrat kann ich ihr Verhalten trotzdem nicht abstempeln, weil sie einfach zwei unpolitische Jugendliche sind, die gegen Nazis waren." Ein/e andere/r gesuchte/r AntifaschistIn bezeichnet in einem Brief zumindest Bahrettin Y. als „Verräter".

Diese Diskussion um „Verrat" und prinzipielle Aussageverweigerung, die vor allem unter deutschen UnterstützerInnen der Kriminalisierten geführt wird, droht jegliche Solidaritäts- und Öffentlichkeitsarbeit zu dem Verfahren zu spalten und die eigentlichen Hintergründe in Vergessenheit geraten zu lassen.

Der politische Zusammenhang, in dem der Tod von Gerhard Kaindl nur ein einzelner Ausdruck ist, war die ungeheuerliche Zunahme von rassistischen Überfällen, pogromähnlichen Ausschreitungen und die lange Reihe faschistischer Morde seit Anfang der 90er Jahre. Menschenmengen waren bereit zuzusehen, wie „AusländerInnen" bei lebendigem Leibe verbrannt werden sollten. Bestensfalls schaute man weg. AntifaschistInnen standen dieser Brutalität und Menschenverachtung mit völlig unzulänglichen Mitteln gegenüber. Stichwort Lichterketten!

Die Parole „Schaut nicht weg! Greift ein!" wurde als Button getragen oder als Plakat ausgehängt und verklebt. Es war aber offensichtlich, daß es nicht genügen würde abzuwarten, um dann - im Notfall - eventuell einzugreifen. Nur wenige AntifaschistInnen waren zu der Konsequenz bereit, den Faschisten jederzeit jede Möglichkeit zu nehmen im Alltag oder in der Öffentlichkeit in Erscheinung zu treten. Das schließt die körperliche Konfrontation mit ein: Die Faschisten sollten es sein, die Angst haben, sich auf den Straßen zu bewegen!

Daß Gerhard Kaindl nicht Opfer eines gezielten Mordanschlages war, sondern vielmehr durch unglückliche Umstände zu Tode kam, sei jetzt als gegeben vorausgesetzt. Trotzdem war es eine antifaschistische Aktion, und kein/e AntifaschistIn sollte sich der prinzipiellen Solidarität mit den Gefangenen und Gesuchten entziehen!

„Was stellt Ihr Euch vor?"

Zum Schluß soll zum wiederholten Male auf die privilegierte Situation weißer Deutscher hingewiesen werden, mit dem Appell, sich immer wieder die Lage von sogenannten „AusländerInnen" vor Augen zu führen. Deshalb ein Zitat aus einem Artikel „ausländischer" AntifaschistInnen („Die Weizsäckerisierung der Militanz ..."; INTERIM, Nr.283):

„ (...) Für uns ist die Frage der Gegenwehr gegen Nazis und Rassisten eine Überlebensfrage. Wir bestimmen damit, ob und wieweit wir uns hier bewegen können. Und dies ist nicht einmal eine Frage der politischen Positionsbestimmung. Unsere Existenz hängt von ein paar Papieren und dem Wohlwollen unserer 'lieben MitbürgerInnen' ab. Auf letzteres können wir uns erst recht nicht verlassen. Und egal wie überzogen das für Euch klingen mag: Selbst mit ein bißchen Rassismus ist das Leben unerträglich. Genau das beanspruchen wir, und dafür werden wir kämpfen. Es geht uns um unsere physische aber auch psychische und moralische Integrität. Wir werden nicht gesenkten Hauptes durch die Straßen schleichen, wir werden abends nicht neben dem Feuerlöscher verharren, sondern wir werden, wo und wann immer wir dazu in der Lage sind, zurückschlagen.

Was stellt Ihr Euch vor? Sollen wir versuchen auf angreifende Nazis pädagogisch einzuwirken? Sollen wir der Oma, die nach fünfzig Jahren immer noch stolz ist auf das Hakenkreuz in ihrem Führerschein Geschichtsunterricht erteilen? Dafür ist es längst zu spät. JedeR MigrantIn und jeder Flüchtling muß sich selbst entscheiden, wozu sie/er in der Lage ist.

Selbstverständlich ist es weitsichtiger, wenn man/frau seine/ihre Wahl der Mittel davon abhängig macht, ob eine Bewegung auch in der Lage dazu ist, die zu erwartende Repression zu ertragen. Dies zu entscheiden wäre allerdings nur dann möglich, wenn es eine Wahl des Zeitpunktes und der Mittel gäbe. So wie die Dinge stehen, liegt es an uns, die Solidarität in jedem Fall so gut und so offensiv wie möglich zu organisieren. (...)"

(stellenweise zitiert aus dem Aufruf zur Demonstration „Eingreifen ist gerechtfertigt" und der Sondernummer des UnterstützerInnenplenums für die gesuchten und gefangenen AntifaschistInnen im „Fall Kaindl", HERZRHYTHMUSSTÖRUNG.)

Das Informationsblatt HERZSCHLÄGE ist zu beziehen über :

HERZSCHLÄGE
c/o Kreuzbüro
Großbeerenstraße 89
10963 Berlin

Herbert Kalus

Öffentlichkeit unerwünscht

Pfingstlager und Aufmarsch der Wiking-Jugend in Hetendorf stößt auf vorsichtigen Protest

Schon etabliert glaubte sich die neonazistische Wiking-Jugend in Hetendorf, einem kleinen Ort in der Lüneburger Heide bei Celle. Pfingsten 1994 führten die Nachwuchs-Nazis ihre „Tage volkstreuer Jugend" auf einem Grundstück des „Heide-Heim e.V." bereits zum neunten Mal durch. Doch anders als in den vorangegangenen Jahren regte sich Widerstand gegen das Lager und auch die Medien zeigten verstärktes Interesse. Durch die Berichterstattung über das aggressive, uniformierte Auftreten der Wiking-Jugend sah sich der niedersächsische Innenminister Glogowski genötigt, Maßnahmen gegen weitere Auftritte der militanten Neonazis anzukündigen.

Die „40. Tage volkstreuer Jugend" standen unter dem Motto „Jugend will deutsche Zukunft". Rund 300 Teilnehmer aus zahlreichen Organisationen fanden sich ein, um sich an „Wiking-, Wehr-, und Mädelkampf" zu beteiligen. Neben „artgemäßer Brauchtumspflege" standen wehrsportähnliche Übungen auf dem Programm. Orientierungsmärsche, Überwindung von Hindernisbahnen und Schießübungen (mit der Luftpistole) war Aufgabe der „Jungmänner", während sich die „Mädelgruppen" bezüglich ihrer Kenntnisse in heilkundlichen, geschichtlichen und musischen Bereichen messen konnten. Während die Wehrsportübungen weitgehend unbemerkt blieben, erregte der Ausmarsch von rund 150 Neonazis am Pfingstsonntag öffentliche Aufmerksamkeit. Uniformiert, im (versuchten) Gleichschritt und mit Marschgesang zogen die Neonazis zu nahegelegenen prähistorischen Hügelgräbern. Unterwegs wurden die anwesenden PressevertreterInnen massiv bedroht und angegriffen, um sie an einer Berichterstattung zu hindern. Die Polizei, die sich schon am Vortag nicht genötigt sah, gegen die paramilitärischen Übungen vorzugehen, lobte die „kooperative Haltung" der Wiking-Jugend und empfand die Anwesenheit der MedienvertreterInnen als Provokation. Auf die Frage, was denn geschehen müsse, um den WJ-Aufmarsch zu unterbinden, antwortete der Einsatzleiter, daß es keinerlei Handhabe gebe und die WJ „links und rechts alles plattmachen" müsse, um ein Eingreifen der Polizei zu rechtfertigen. Erst nachdem erste Berichte über die Neonazi-Aktion im Rundfunk gesendet wurden, erschien eine Gruppe Bereitschaftspolizei, um die JournalistInnen vor den massiver werdenden Angriffen zu schützen. Unbehelligt konnten die Neonazis so - unter ihnen NPD- und FAP-Funktionäre - in das Lager zurückkehren und ihr Programm fortsetzen.

„Justiz, Verwaltung und Polizei sind auf dem rechten Auge immer noch blind" kritisierte der Hermannsburger SPD-Kreistagsabgeordnete Buttgereit, der darauf hinwies, daß es genügend Gründe, wie Wehrsportaktivitäten oder Vermummungen während des Marsches, gegeben habe, die ein Einschreiten gerechtfertigt hätten. Doch die Verantwortlichen in Verwaltung und Justiz zögen es vor, die WJ-Pfingstlager als „Folklore-Veranstaltungen" „ohne offensichtlichen politischen Charakter" einzuschätzen.

So harmlos wie die Behörden tun, sind die Lager allerdings nicht. Sie haben eine wichtige Bedeutung für die Nazi-Szene. Neben der Einbindung von Kindern und Jugendlichen in das rechtsextreme Netzwerk nutzen in- und ausländischer Funktionäre neofaschistischer Gruppen hier über mehrere Tage die Möglichkeit, sich auszutauschen, Aktionen vorzubereiten und aufeinander abzustimmen. Funktionäre von Gruppen, die sich in der Öffentlichkeit voneinander distanzieren, pflegen hier „kameradschaftliche Kontakte". Nahmen in der Vergangenheit hauptsächlich die Kader der FAP und der mittlerweile verbotenen „Nationalistischen Front" an den Pfingstlagern teil, war in diesem Jahr auch die NPD vertreten. Anzeigen für die Wiking-Jugend in deren Parteizeitung „Deutsche Stimme" deuteten im vergangenen Jahr bereits auf eine engere Zusammenarbeit hin. Die stärkere Hinwendung der NPD zur neonazistischen Szene wird auch daran deutlich, daß der ehemalige WJ-Bundesführer **Wolfgang Nahrath** in deren Parteivorstand gewählt wurde. Die WJ unter der Führung **Wolfram Nahraths** zeigte Gegenliebe: Einträchtig nebeneinander flatterten WJ- und NPD-Fahne über dem Lagergelände.



Verschonte die Anwesenden vor seinem nationalen Geheule: Frank Rennicke

Wenig Gegenliebe ernteten die Neofaschisten bei der Bevölkerung. Schon im Vorfeld wurden Unterschriften gegen „paramilitärische Ausbildung und ideologische Verhetzung von Kindern und Jugendlichen in Hetendorf" gesammelt. In einer zweiseitigen Anzeige in der örtlichen Zeitung forderten rund 3300 BürgerInnen aus Hetendorf und Umgebung von Politik, Polizei und Justiz, endlich wirksame Maßnahmen gegen neonazistische Hetze und Gewalt zu ergreifen.

Auch die Landjugend-Gruppe im nahegelegenen Hermannsburg schaltete sich in die

Schulungszentrum für Alt- und Neofaschisten

Bereits seit 1979 befindet sich das Grundstück Hetendorf 13, ein ehemaliges Kinderheim, in den Händen rechtsextremer Funktionäre. Bis 1989 gehörte das Gelände und die darauf befindlichen Gebäude zu 2/3 dem in Hamburg ansässigen „Freundeskreis Filmkunst e.V." und zu einem Drittel der ebenfalls in Hamburg angesiedelten „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.. Der eigentliche Hintermann ist jedoch der Hamburger Neonazi-Rechtsanwalt **Jürgen Rieger** sein. Der ist auch Rechtsvertreter des aktuellen Besitzers, des „Heide-Heim e.V.". Verwaltet wird das Gelände von **Ilse** (1990 NPD-Kandidatin zur niedersächsischen Landtagswahl) und **Otto Koch**. Durch Veranstaltungen der Wiking-Jugend, der „Artgemeinschaft", der „Nationalen Liste" (u.a. mit dem britischen Pseudohistoriker **David Irving**), Wehrsportlager der mittlerweile verbotenen „Nationalistischen Front" und Ordnerschulungen für den jährlichen „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" nimmt Hetendorf eine wichtige Funktion für die Entwicklung faschistischer Strukturen in ganz Deutschland ein.

Gescheitert ist 1990 der Versuch, ein weiteres Gebäude in Hetendorf zu kaufen. Damals hatten die Bewohner Hetendorfs mit ihrem Protest Erfolg. Der Zuschlag erfolgte nicht an Rieger, der immerhin 312.000 DM geboten hatte. Wütend über den mißglückten Deal ließ er ein Flugblatt an die HetendorferInnen verteilen, in dem er u.a. drohte: „Wir haben uns immer bemüht, gute Nachbarschaft zu halten. Wir können auch anders. Und wer Krieg haben will, soll ihn bekommen. Wir haben uns genau gemerkt, wer im Dorf uns verleumdet, gegen uns gehetzt und sich gegen uns gestellt hat. Und wir haben ein gutes Gedächtnis." Weiter heißt es in dem Pamphlet: „Wir halten uns mehr an die Methoden des alten Testamentes: 'Auge um Auge, Zahn um Zahn'".

Auseinandersetzung ein. Mit einem „Spiel ohne Grenzen“, blockierte sie den Platz, auf dem die Wiking-Jugend in den vergangenen Jahren ihre Fußball- und Leichtathletikwettkämpfe durchgeführt hatte. Motto der Landjugendveranstaltung „Wir sind gegen Gewalt, gegen Rassismus, für die Menschenrechte“.



An dem WJ-Aufmarsch nahmen auch der FAP-Bundesvorsitzende Friedhelm Busse (2. von links, vorn) und dessen niedersächsischer Statthalter Thorsten Heise (4. von links, vorn) teil.

Durch die Pressemeldungen zu einer Stellungnahme gezwungen, erklärte das niedersächsische Innenministerium, daß geprüft werde, ob derartige Aufmärsche in Zukunft verboten werden könnten.

Doch allein mit einem Verbot der Aufmärsche zu Pfingsten können die Aktivitäten der Neonazis nicht gestoppt werden. Lager mit Wehrsportübungen, Schulungen und Tagungen zur Vernetzung der rechtsextremen Szene könnten fortgesetzt werden. Unbeeindruckt zeigten sich denn auch der Besitzer des Hetendorfer Grundstücks, der Heideheim e.V. und dessen Rechtsanwalt **Jürgen Rieger**. Zur Sommersonnenwende luden sie zum vierten Mal zur Hetendorfer Tagungswoche ein. Mitveranstalter waren die Artgemeinschaft, der Hamburger Freundeskreis Filmkunst, die Gesellschaft für biologische Anthropologie, die Gesellschaft für freie Publizistik, der Heinrich-Anacker-Kreis e.V. der Nordische Ring sowie die Northern League. Eine Woche lang, nahmen - so der Fernsehsender rtl - rund 200 Teilnehmer an den verschiedenen Vorträgen, Arbeitsgruppen und dem Sonnenwendfeuer teil. Neben der Ehrung gefallener Soldaten und kinderreicher Mütter standen die Deutung von Runen, die germanischen Götter, heidnische Lieder und die deutsche Volksgeschichte auf dem Programm. Doch allein bei historisch-religiösen Themen blieb es nicht. Auch die „Kosten der Ausländer“, das „Einwanderungsland Deutschland“, die „Rassen der Menschheit und ihre seelischen Wesenszüge“, der „Nationalstolz“ und „Strategiegedanken gegen die Zerstörungspolitik unserer Zeit“ wurden erörtert. Öffentliche Proteste gegen diese eher im Stillen durchgeführten Aktivitäten gab es kaum. Und auch der niedersächsische Innenminister Glogowski ist über die obligatorische Ankündigung, daß überprüft werden müsse, ob der Heide-Heim e.V. verboten werden könne, nicht hinausgekommen.

Angesichts der Aktivitäten der Rechtsextremen in Hetendorf und gleichzeitiger Untätigkeit staatlicher Institutionen wird die antifaschistische Bewegung zu überlegen haben, wie der Widerstand gegen das Neonazi-Zentrum in Zukunft verstärkt werden kann. ◪

Hetendorfer Tagungswoche

An der "4. Hetendorfer Tagungswoche" Mitte Juni 1994 beteiligten sich etwa 200 alte und junge FaschistInnen. Neben Wanderungen zu Hügelgräbern und einem Sonnenwendfeuer wurde die bauliche Erweiterung des "Heideheims" gefeiert und verschiedenen Referaten gelauscht. ReferentInnen waren unter anderen:

Gerhard Hennig, Gerhard Seifert, Prof. Werner Koch, Imke Thomas, Hermann Thiele, Harry Radegeis, Gerhgard Heß, Irma Bertermann, Thoralf Plank, Karl Hein, Wolfgang Fachmann, Frank Rennicke, Walter Drees, Joachim Goerth, Annedore und **Dr. Karlheinz Küthe, Karl Baßler, Jürgen Rieger, Wolfgang Juchem, Karlheinz Baumgartl, Dr. Peter Koch, Johannes P. Ney, Dr. Gernot Unger, Dr. Heinrich Piebrock**

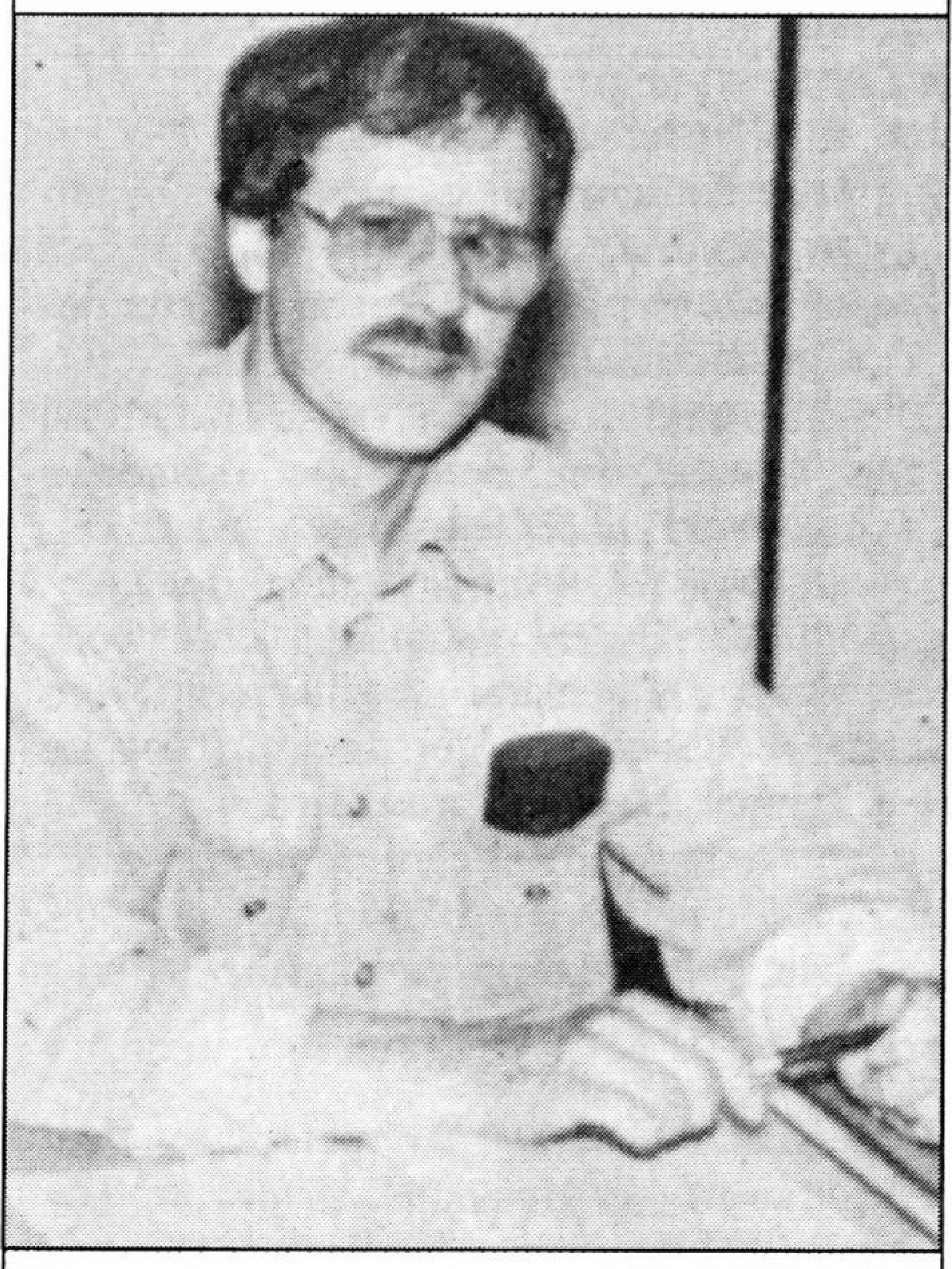
MELDUNGEN

Wehrsportgruppenchef im Gemeinderat

Die niedersächsische Gemeindeordnung macht es möglich. Dank seiner Nachrückerposition auf der Liste der Wählergemeinschaft (WG) in Meißendorf/Lüneburger Heide wurde **Eckard Knoop** Mitglied des Meißendorfer Ortsrates. Seine Vorgängerin **Waltraud Müller** hatte ihren Wohnsitz nach Winsen verlegt.

Eckard Knoop ist führendes Mitglied der Wehrsportgruppe "Freundeskreis **Kirsch/ Knoop**", einer Nachfolgeorganisation der in den 80er Jahren bekanntgewordenen „Nothilfetechnischen Übungs- und Bereitschaftsstaffel e.V.“ des damals in Bergen lebenden Arztes **Uwe Jürgens**. Diese Gruppe wurde auch TeNo (Technische Nothilfe) oder schlicht WSG Jürgens genannt. Knoop gehörte zu den Gründungsmitgliedern der WSG und bekleidete in dem eingetragenen Verein die Position des Schriftführers.

Eckard Knoop war bis 1978 Vorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten“ in Celle und avancierte danach zum stellvertretenden Vorsitzenden des NPD-Kreisverbandes Celle. Kandidaturen von NPD-Mitgliedern auf den Listen vermeintlich unabhängiger Freier Wählergemeinschaften sind vor allem in Niedersachsen nichts Neues. Gemeindedirektor Karsten Stöver kommentierte in der Cellischen Zeitung Knoops Einzug in den Ortsrat von Meißendorf mit den Worten: „So ist das eben in einer Demokratie. Herr Knoop wurde gewählt und nimmt jetzt sein Mandat wahr.“ Ein Kreistagsabgeordneter von Bündnis 90/GRÜNE bekam vom Verfassungsschutz die Information, daß Knoops Wehrsportgruppe, die vom Verfassungsschutz auch als "Interessengemeinschaft Wehrsport Meißendorf" genannt wird, jetzt in Mecklenburg-Vorpommern üben würde.



Eckard Knoop

Antifaschisten verurteilt

Am 16.07.1993 fand im hessischen Hungen-Inheiden ein Antifa-Konzert statt. Grund für das Konzert war monatelanger Terror von militanten Neonazis. Hier einige Beispiele: April 1992: Brandanschlag auf ein Flüchtlingswohnheim in Hungen-Inheiden; August 1992: der jüdische Gedenkstein vor dem jüdischen Friedhof in Hungen wird geschändet (Hakenkreuz und die Parole „Wir sind wieder da. Ausländer raus" wurden gesprüht); Oktober 1992: 70 Neonazis feiern in Hungen-Inheiden den „Tag der deutschen Einheit"; November 1992: mit einer scharfen Waffe vom Kaliber 22 wird auf ein Flüchtlingsheim in Hungen geschossen.

Am Abend des Konzertes kam es dann mehrmals zu Provokationen durch die Neonazis. Im Verlauf dieser Provokationen wurden selbige durch AntifaschistInnen verjagt.

Nachdem das Konzert beendet war und die letzten AntifaschistInnen aufbrechen wollten, kam es zu einem überraschenden Überfall durch die Polizei. Wahllos wurden zwei Antifaschisten aus Frankfurt festgenommen. Die Festgenommenen mußten wegen „Verdunkelungsgefahr" 11 Tage bzw. sechs Wochen in U-Haft bleiben.

Im Mai 1994 begann vor dem Landgericht in Gießen der Prozeß. Die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft lauteten auf schweren Landfriedensbruch, schweren Raub, Körperverletzung, Bildung bewaffneter Haufen usw. Hauptzeuge der Anklage war der 18jährige **Tassilo Schneiderbauer**, ein bekannter Nazi-Schläger aus Hungen-Utphe (Schneiderbauer hatte wenige Tage vor Prozeßbeginn einen Behinderten krankenhausreif geschlagen). Vor Gericht konnte er zwar keinen der Angeklagten identifizieren, dafür hielt er einen fünfminütigen Vortrag über die SS und deren „wahre Geschichte". Auf die Frage nach Tätowierungen gab er an, er habe SS-Runen auf seinem Körper. Richter Spaniol konnte als einziger im Gerichtssaal bei dem Zeugen „keine rechtsextreme Ideologie" feststellen!!

Da der absolute Verurteilungswille des Gerichtes spürbar war, blieb den Anwälten nicht anderes übrig, als mit dem Gericht einen „Handel" zu vereinbaren und durch Geständnisse einer drohenden Haft zu entgehen. Die Urteile: Haftstrafe von 1 Jahr und 10 Monaten und 150 Stunden gemeinnützige Arbeit bzw. 1 Jahr und 4 Monate Haft und 2.000 DM Geldbuße. Die Haftstrafen wurden zur Bewährung ausgesetzt.

Ein vergleichendes Urteil: **Markus Reissner**, der im November 1992 auf das Flüchtlingsheim in Hungen schoß, (er war auch bei den Provokateuren des Antifa-Konzerts) wurde im März 1994 zu 14 Monaten Haft (auf Bewährung) plus 150 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt. „Bestraft" wurde er wg. Sachbeschädigung und Verstoßes gegen das Waffengesetz. Als Fazit bleibt, daß es dem Gericht lediglich um eine Aburteilung einer antifaschistischen Gesinnung ging. Selbst die Tatsache, daß der Hungener Nazi keinen der beiden Angeklagten identifizieren konnte, war völlig belanglos.

Thomas Böhling

NF-Nachfolgeorganisationen tauchen ab

Mit dem Verbot der „Nationalistischen Front" (NF) im November 1992 begann ein Verwirrspiel mit diversen Nachfolgeorganisationen und vermeintlichen Abspaltungen, das nun ein Ende haben könnte, bzw. für noch mehr Verwirrung sorgen wird.

Im Februar 1994 gab die Zeitung „In Aktion" der „Mitteldeutschen Jugendbewegung" die Auflösung der Organisationsstrukturen wie z.B. des „Förderwerkes Mitteldeutsche Jugend/Junge Front" (FMJ/JF) bekannt.



Der Zug der Nationalistischen Front im November 1991 in Halbe bei Berlin; Fahnenträger: Rene Mauritz

„Die Stützpunkte wurden in die vollständige Autonomie entlassen. (...) Desweiteren ist ein Auftreten unter Namen wie FMJ/JF zu unterlassen. (...) Wir betrachten die Arbeit der Vorfeldorganisationen für abgeschlossen und halten die Kampfform der unzähligen Kameradschaften, Zellen und Strukturen (in Eigenregie!) vor Ort, in seiner Gesamtheit als, für das System, unangreifbar und für die Erringung des politischen Erfolges für absolut. Wichtigstes Faktum hierbei ist, daß es sich bei den gewonnenen und noch zu gewinnenden Kameradschaftsführern um Vertrauenspersonen handelt, die Initiativen und Maßstäbe in unserem Sinne setzen. (...) Im Sinne der Kontinuierlichkeit unseres Kampfes ist es zu vermeiden, mit den Systemgesetzen zu kontrahieren. Das betrifft vor allem schuldbares Auffliegen wegen Verbreitung von NS-Propagandamaterial. Diese Sachen sprechen niemanden an (bewirken also nichts!) und bringen unnötig hohe Geld- und Haftstrafen für den Verbreiter. Dasselbe gilt für klischeehaftes Benehmen und unvorsichtiges Auftreten in der Öffentlichkeit. Man kann in diesem Staat halt nicht immer und überall seine Meinung sagen. Unser Tip: 'Arschlöcher merken - und warten bis es dunkel ist'!" Unterzeichnet ist die Erklärung von **R. Doberschütz**, „ehemaliger" Vorsitzender des FMJ.



Aufkleber der NF

Man muß sich nichts vormachen, diese Worte sprechen Bände. Die NF hat immer, im Gegensatz zum Beispiel zur FAP, viel Wert auf eine disziplinierte Kaderstruktur gelegt. In einem internen Rechenschaftsbericht wurde ausgeführt, daß die Organisationsleitung „die Arbeitsweisen streng kontrolliert und im Bedarfsfall die Führungspersonen ausgetauscht" hat. In ihrer gnadenlosen Arroganz stellt sich die ehemalige NF auch über die Organisationsstrukturen der von Christian Worch geleiteten „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front". So verkündete „In Aktion" 2/94 über die „Deutsche Alternative":

„In der Folgezeit erwies sich unser Beitragssystem erstmals als hervorragende Auslese. Gerade bei Kameraden, die aus der Deutschen Alternative (DA) zu uns stießen, erkannten wir eine ausgesprochene Zahlungsunzuverlässigkeit. Einige behaupteten gar, Beiträge habe man bei der DA nie zahlen müssen."

Die ehemalige NF hat ihre Ortsgruppen im Wesentlichen in der früheren DDR aufbauen können. Schwerpunkt ihrer Organisierung ist die Region Berlin/Brandenburg. Im Westen ist sie dagegen nur regional und dann auch nur in viel kleineren Dimensionen vertreten. Ob die Einschätzung, daß „die Arbeit der Vorfeldorganisationen ... abgeschlossen" ist nun aus Größenwahn erwachsen ist sei dahingestellt. Die ehemalige NF ist im Netzwerk des deutschen Neofaschismus, was die Bereitschaft und Fähigkeit zu direkten Aktionen betrifft, eine der gefährlichsten Gruppierungen.

Quelle: Antifaschistisches Infoblatt, Berlin

Eine ausführliche Einschätzung über die Strategie „Getrennt marschieren - vereint schlagen" der ehemaligen NF mit dem Bezug zur illegalen NSDAP-AO findet sich im Infoblatt Nr.27, zu beziehen über Antifaschistisches Infoblatt c/o L.Meyer, Gneisenaustr.2a - 10961 Berlin

Peter Gröger

Der „Graue Wolf" kommt aus seinem Schafspelz

Die Renaissance der türkischen Faschisten

Mehr als 10 Jahre war kaum etwas von den Aktivitäten türkischer Faschisten in Deutschland zu bemerken. Gleichzeitig mit der wirtschaftlich immer katastophaler werdenden Situation in der Türkei und den verstärkten Angriffen von Rassisten und Neonazis auf in Deutschland lebende Türken verzeichnen türkische Faschisten und religiöse Fundamentalisten aus der Türkei große Erfolge. Diese sind nicht nur an den Ergebnissen der türkischen Kommunalwahlen im März 1994 abzulesen, bei der die faschistische MHP im Landesdurchschnit 9% und die islamisch-fundamentalistische Refah-Partei knapp 20% der Stimmen erhielten.

In der Folge des Militärputsches vom September 1980 in der Türkei wurde auch die faschistische MHP (Partei der nationalistischen Bewegung) verboten. Genau wie die MHP in der Türkei, die schon 1983 unter dem neuen Namen MCP (Nationale Arbeitspartei) zu den vom Militär inszenierten Parlamentswahlen kandidieren durfte, änderten auch ihre deutschen Anhänger im Verlauf der 80er Jahre ihre Strategie. Unter **Enver Altayli**, der bis zum Putsch die Führung über die in der „Türk-Föderation" und den sogenannten „Idealistenvereinen" organisierten MHP-Anhänger in Deutschland hatte, kam es Ende der 70er Jahre zu einer Reihe von Überfällen auf und Morden an türkischen Antifaschisten in Deutschland. Enver Altayli ist heute Berater des Präsidenten der ehemaligen sowjetischen Republik Usbekistan.

Die Aktivitäten der türkischen Faschisten in Deutschland schlossen auch eigenständige Demonstrationen mit mehreren tausend Teilnehmern mit ein. Kontakte wurden auf der Führungsebene der MHP sowohl zu Funktionsträgern der CDU/CSU gepflegt, als auch zur NPD, zur „Wehrsportgruppe Hoffmann" und zu Michael Kühnen.

Nach 1982 wurde es allerdings relativ ruhig um die „Grauen Wölfe". Geändert hatte sich aber nur die Form des Auftretens: Aktive Straßenkämpfer und Agitatoren wurden innerhalb kürzester Zeit zu „stillen" Vorsitzenden diverser Kultur- und Sportvereine. Die nationalistische Propaganda für ein großtürkisches Reich wurde nahezu 10 Jahre lang nur nach innen getragen - in die Vereine, teilweise in die Moscheen und bei großangelegten Kulturveranstaltungen. Die Gründe dafür waren eindeutig.

In der Türkei selbst bedankten sich die Militärs bei den Faschisten für die tatkräftige Zusammenarbeit auf den Putsch hin durch die Einsetzung tausender Funktionsträger der MHP in den Polizeiapparat, in Behörden und Verwaltungen. Die Zerschlagung jeglicher gesellschaftlicher Opposition in der Türkei durch das Militär und - mit einiger Verzögerung - auch die Zersplitterung und Auflösung der Exilorganisationen der türkischen Linken in Deutschland erübrigte die Notwendigkeit des militanten Auftretens der türkischen Faschisten.

Diese Arbeit im Hintergrund machte sich bezahlt. Als die deutsche Regierung im März 1992 aufgrund des Einsatzes von deutschen Panzern gegen aufständische Kurden ein kurzfristiges Waffenembargo gegen die Türkei verhängt hatte, wurden von einem breiten Spektrum türkischer Organisationen mehrere Großdemonstrationen in der BRD organisiert. Motto war fast immer die Beschwörung der „deutsch-türkischen Freundschaft", verbunden mit der Feststellung, daß selbige durch die Unterstützung der „kurdischen Terroristen" durch die Bundesregierung (Waffenembargo = Unterstützung der PKK) gefährdet sei. Organisiert wurden die Demonstrationen durch die türkischen Konsulate, durch die verschiedenen türkisch-islamischen Verbände, die Träger der Moscheen sind, durch Kultur- und Sportvereine, durch demokratische oder sogar sozialdemokratische Vereine, die oftmals Beteiligte an Aktionsbündnissen mit deutschen Antifaschisten gegen Rassismus und Neofaschismus gewesen waren - und von den Faschisten der MHP.



Drei Halbmonde und der nach oben gerekkte Wolfskopf, Symbol der Grauen Wölfe

Die Demonstration 4.4.92 in Hamburg führte auch an dem von antifaschistischen türkischen Organisationen getragenen türkischem „Volkshaus" (Halkevi) vorbei. Hier war ein Transparent mit dem Text „Selbstbestimmungsrecht der Völker - auch für Kurden!" angebracht. Mit der Unterstützung der deutschen Polizei, die die Tür zum „Volkshaus" eintrat, stürmten „Graue Wölfe" das Gebäude, rissen das Transparent herunter und verbrannten es auf der Straße. Vorher waren schon die Fensterscheiben einer von türkischen Linken betriebenen Buchhandlung und eines von Kurden betriebenen Imbisses eingeworfen worden.

Eine entscheidende Rolle beim Wiedererwachen der faschistischen Bewegung in der Türkei spielt die nationalistische Trotzreaktion gegen den Unabhängigkeitskampf der Kurden. Gerade in Zeiten ökonomischen Niederganges ist es ein Einfaches, über das Schüren von Nationalismus von den eigentlichen Problemen abzulenken. Die nationale Einheit der türkischen Republik steht daher weit über der jahrhundertealten Unterdrückung des kurdischen Volkes, und von den Massakern des Militärs, von der systematischen Vertreibung der Kurden durch die Zerstörung von tausenden von Dörfern will kaum ein Türke etwas hören.

Die türkischen Faschisten in Deutschland agieren ebenfalls mit dem Nationalismus. Nur steht er hier auf zwei Beinen, und kann neben der vermeintlichen Bedrohung der nationalen Einheit durch den Krieg in Türkei-Kurdistan auch auf die Reaktionen auf die nicht abreißende Welle von rassistischen Angriffen gegenüber türkischen Migranten aufbauen. Die Brandanschläge von Mölln und Solingen schufen den türkischen Faschisten und Nationalisten dann die beste Gelegenheit, die tatsächliche Bedrohung aller nicht-arischen „Ausländer" in Deutschland durch Neonazis in türkisch-nationalistische Propaganda umzudrehen.

Nach dem Brandanschlag von Solingen sah sich Bremens Polizeipräsident Lüken genötigt, türkische Vereine aufzusuchen um dort verlorenes Vertrauen in die deutsche Polizei zurückzugewinnen. Einer der ersten Vereine, die er besuchte, war der „Idealistenverein" der „Grauen Wölfe". Polizeipräsident Lüken nutzte auch die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß bei der Polizei Stellen für „Ausländer" ausgeschrieben würden, woraufhin die Faschisten ihm ihre Dienste anboten. Lüken hatte insbesondere nach „verdächtigen Wahrnehmungen über Dealer und PKK-Aktivitäten" gefragt. Die Bremer Tageszeitung „Weser-Kurier" ermöglichte dem Vorsitzenden des „Idealistenvereins" **Yumuz Sucu** in einem längeren Interview Raum für die Darstellung der Positionen der türkischen Faschisten, die sich neuerdings vor allem als „Kulturschützer" ausgeben.

Solcherlei Würdigung durch deutsche Staatsbedienstete und große Medien steigern natürlich das Selbstbewußtsein der Faschisten, und so verwundert es auch nicht, daß es im Frühjahr 1994 gerade in Bremen zu einer Häufung von „mysteriösen" Angriffen und Anschlägen gegen Gaststätten und türkische Vereine kommt, die von türkischen Linken im deutschen Exil betrieben, bzw. genutzt werden. Die Bremer Polizei jedenfalls schließt einen „ausländerfeindlichen Hintergrund" weitgehend aus.

Sönke Braasch

Auflösungserscheinungen?

"Junge Deutsche"

Die 1991 gegründeten und im Heilbronner Vereinsregister eingetragenen rechtsextremistischen „Jungen Deutschen“ haben sich vor wenigen Wochen aufgelöst. Obgleich es im Heilbronner Vereinsregister heißt, „infolge Wegfalls sämtlicher Mitglieder ist der Verein erloschen“, ist die Selbstauflösung der „Jungen Deutschen“ (JD) vom 13. April 1994 eine Reaktion auf die offensive Politik des baden-württembergischen Innenministers Frieder Birzele (SPD). Birzele hatte den JD ein Verbot in Aussicht gestellt. Daneben gab es organisatorische und personelle Schwierigkeiten innerhalb der „Jungen Deutschen“. **Jürgen Bendiks**, Bundesvorsitzender der JD und ehemaliger Funktionär der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), mußte im letzten Jahr die „Jungen Deutschen“ verlassen, da er nach Angaben von JD-Gründer **Matthias Jäger** in Waffenschiebereien verwickelt war. **Gerald Wilhelm**, stellvertretender JD-Bundesvorsitzender und „Republikaner“-Funktionär aus Mainz, verließ die „Jungen Deutschen“ Ende vergangenen Jahres. Zuvor zog sich bereits der spiritus rector Matthias Jäger aus der rechtsextremistischen Jugendorganisation mit der „strikt überparteilichen Ausrichtung“ zurück. Jäger gehörte knapp drei Jahre den „Jungen Nationaldemokraten“ an und brachte es Ende der 80er Jahre bis zum JN-Landesvorsitzenden in Baden-Württemberg. 1989 verließ Jäger die „Nationaldemokraten“. Zu seinem Nachfolger im Landesvorsitz der NPD-Nachwuchsorganisation, **Stefan Wollenschläger**, der zugleich auch für die neonazistische „Nordische Jugend“ verantwortlich ist, unterhält Jäger regelmäßigen Kontakt.

Die „Jungen Deutschen“ unterhielten zeitweise Landesverbände in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Bei der Gründung des rheinland-pfälzischen Landesverbandes in Mainz am 13. September 1992 war Publizist **Hans-Dietrich Sander** als Referent anwesend. Der frisch gegründete JD-Landesverband, er ging aus dem „Deutschen Jugendbund-Mainz“ hervor, trat als „kooperatives Mitglied“ dem „Studentenbund Schlesien“ um **Hans-Michael Fiedler** bei. In den Jahren 1992 und 1993 erstellten die JD einen umfangreichen Veranstaltungskalender, der neben Sonnenwendfeiern auch die „Ijzerbedevaart“ im belgischen Diksmuide umfaßte. Die aktuellen Schwierigkeiten und die darauf erfolgte Auflösung der Organisation vereitelten die Erstellung eines Fahrtenplanes für das laufende Jahr.

"Forum 90"

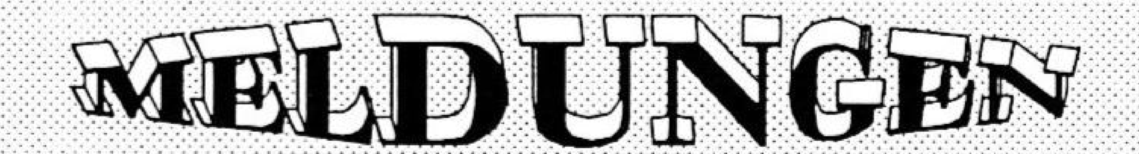
Michael Dangel, ehemaliger Bundesvorsitzender des nach Eigenangaben zuletzt noch rund 60 Mitglieder starken „Forum 90“, gab die Selbstauflösung der juvenilen rechtsextremen Sammlungsbewegung zum 19. Juni 1994 bekannt. Die Einstufung des „Forum 90“ als rechtsextremistisch durch Innenminister Birzele führte, so der ehemalige REP-Funktionär Dangel, zu dieser Entscheidung. Bereits 1990 hatte das „Forum 90“ Eingang in den Verfassungsschutzbericht des Südwest-Staates gefunden. Fortführen will Dangel hingegen seinen Heilbronner „Junge Freiheit“-Lesekreis. Gast des JF-Lesekreises im württembergischen Unterland wird Anfang Juli Landrat Dr. **Gerhard Pfreundschuh** vom „Bund freier Bürger“ (BfB) sein.

Im vergangenen Jahr kandidierte eine „Hochschulgruppe des Forum 90 e.V.“, die „Liste Unabhängiger Studenten“ (LUST!), erfolglos zu den Gremienwahlen an der Universität Mannheim. Anfang dieses Jahres kündigte Dangel eine weitere Hochschulgruppe des „Forum 90“ in Heidelberg an. Unter dem Namen „Bund freier Studenten Heidelberg“ sollte die Dangel-Truppe für den Heidelberger AStA kandidieren. Kontaktperson des „Bundes freier Studenten“ - vor mehr als drei Jahrzehnten existierte ein rechtsextremistischer „Bund Nationaler Studenten“ (BNS) - war der Heidelberger Burschenschafter und REP-Kommunalwahlkandidat **Wolfgang Unold**. Unold, seine Verbindung „Normannia“ gehört den „Deutschen Burschenschaften“ an, ist außerdem verantwortlicher des „Konservativen Gesprächskreises Heidelberg“. Inserate des Heidelberger „Gesprächskreis“ finden sich regelmäßig in der „Jungen Freiheit“. Der Heidelberger BNS-Gruppe, sie war die erste lokale Gründung des „Bundes Nationaler Studenten“, gehörten Ende der 50er Jahre u.a. **Peter Dehoust**, Verleger, **Peter Stöckicht**, späterer Rechtsanwalt und baden-württembergischer Landtagsabgeordneter der NPD, und **Martin Mußgnug**, von 1971 bis 1990 NPD-Bundesvorsitzender, an. Der „Bund Nationaler Studenten“ wurde damals in allen Bundesländern verboten. Mit der Auflösung des „Forum 90“ existiert derzeit neben den Burschenschaften keine ernstzunehmende rechtsextremistische Hochschulorganisation mehr. Der „Nationaldemokratische Hochschulbund“ (NHB), älteste bestehende Organisation an den bundesdeutschen Universitäten, umfaßt nach dem aktuellen Verfassungsschutzbericht des Landes Bayern lediglich 50 Mitglieder, davon „unter 10“ im bayerischen Freistaat.

FAP-Kreisverband Bonn und „Initiative Gesamtdeutschland“

Eine „Nationale Pressegruppe Bonn“ gab unter der Überschrift „Neues von Rechts aus Bonn“ die Auflösung des Bonner Kreisverbandes der neonazistischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) bekannt. Es bestehe lediglich noch ein Kreisvorstand aus fünf Mitgliedern. Die übrigen Mitglieder der Bonner FAP werden in Zukunft, so die Presseerklärung, „eher autonom“ weiterarbeiten. Ebenfalls aufgelöst wurde der Erklärung der „Nationalen Pressegruppe Bonn“ (NPB) zufolge die „Initiative Gesamtdeutschland“ (IG) zum 24. Mai diese Jahres. In der Bonner „Initiative Gesamtdeutschland“ waren sämtliche rechtsextreme Organisationen von „Republikanern“ bis zur FAP vernetzt. „Die an der IG angeschlossene nationale Mailbox Germania wird nun von der gleichnamigen Mailboxgruppe weiterbetrieben.“ Die IG betrieb seit dem 1. Juli 1993 die erste nationale Mailbox im Raum Bonn.

Weiterhin kündigte die NPB eine Fortführung der „Anti-Antifa“-Aktivitäten an. Vor den Wahlen im Oktober soll, so die Pressemitteilung, „ein Heft mit Namen und Infos zu unseren Gegnern“ erscheinen. Ebenfalls angekündigt wurde ein „Nationales Infotelefon“ Bonn.



Studienzentrum Weikersheim

Auch der am 7./8.Mai vom Studienzentrum Weikersheim, einem Ideologiezentrum am rechten Rand der Unionsparteien, mit führender Scharnierfunktion zum Rechtsextremismus, veranstaltete Kongreß zum Thema „Umrisse des 21.Jahrhunderts - Über die künftige Stellung Deutschlands in der internationalen Politik“, wurde mit 32.700 DM seitens des Presse-und Informationsamtes der Bundesregierung bezuschußt. Darüberhinaus liegen der Bundeszentrale für politische Bildung zwei weitere Einzelanträge des Studienzentrums Weikersheim zur Bezuschussung vor. So soll der Kongreß, auf dem zahlreiche Rechtsextremisten - darunter der Brite **Michael Walker** von der Zeitschrift THE SCORPION als Referent - anwesend waren, voraussichtlich mit weiteren 14.000 DM bezuschußt werden. Eine Zuwendung, ebenfalls von 14.000 DM, soll der 7. Jugendtag des Studienzentrums Weikersheim halten, der vom 25.-27. Februar 1994 zum Thema „Die Bedeutung von Volksgruppenrechten und eines Minderheitenschutzes für den Frieden in Europa“ in Weimar durchgeführt wurde.

Allein von 1988 bis 1993 wurden Kongresse und Tagungen des Studienzentrums Weikersheim mit 400.000 DM gesponsert.

Zuwendungen werden dann gewährt, so die Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS/Linke Liste (Drucksache 12/7612), „wenn entsprechend der Bundeshaushaltsordnung die Durchführung einer Veranstaltung insgesamt in ihrem Interesse liegt.“

„Rudolf-Hess-Gedenkmarsch“ 1994

Wie in den Jahren zuvor planen bundesdeutsche Neofaschisten gemeinsam mit ihren „Kameraden“ aus England, Frankreich, Holland, Dänemark, Schweden... einen Aufmarsch anläßlich des Todestages des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess. Angeblich soll die diesjährige Aktion am 20.August in einer noch nicht bestimmten Großstadt durchgeführt werden. Man sollte annehmen, daß nach dem in der internationalen Presse breitgetretenen



Skandal von Fulda 1993 (500 Neonazis konnten ungestört auf dem Domplatz zu Fulda aufmarschieren, während die Polizei etwa die gleiche Anzahl von antifaschistischen DemonstrantInnen an der Autobahnausfahrt festhielt), die Innenministerien in Zeiten des Bundestagswahlkampfes 1994 diese „Veranstaltung“ unterbinden werden. Schließlich haben sie anläßlich des „Heldengedenktages“ im November 1993 gezeigt, daß sie sehr wohl in der Lage sind, ein ähnliches Konzept wie es die Faschisten anläßlich des „Hess-Marsches“ planen, zu vereiteln. Aber ausgerechnet die Bundestagswahl könnte solchen Planungen, sofern es sie gibt, einen Strich durch die Rechnung machen. Jede x-beliebige Kundgebung z.B. der NPD würde den „Hess-Marschierern“ den legalen Rahmen bieten, den sie benötigen - ganz gleich ob die NPD damit einverstanden wäre oder nicht. Aber die guten Verbindungen der „Jungen Nationaldemokraten“ in Form des Bundesvorstandsmitgliedes **Holger Apfel** zur „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ und die Beteiligung von jungen und alten „Nationaldemokraten“ an den letzten „Hess-Märschen“ sprechen eine deutliche Sprache.

Gegen den „Hess-Marsch“ sind bundesweit vielfältige antifaschistische Aktivitäten, auch im Vorfeld, geplant. Im August wird im Rahmen der antifaschistischen Kampagne „Aktion '94" eine Informationsstelle für die Presse eingerichtet werden. Nähere Informationen ab Anfang August 1994 bei:

Antifa Bonn/Rhein-Sieg
c/o Büro für politische Kulturarbeit
Florentinusgraben 25
53111 Bonn

MELDUNGEN

Zuspruch für Holocaust-Leugner in der Jungen Freiheit

Unter dem nichtssagenden Titel „Vorlesungen über Zeitgeschichte. Strittige Fragen im Kreuzverhör“ kursiert seit Ende 1993 ein Buch in rechtsextremen Kreisen. Der Autor, der sich hinter dem Pseudonym **„Ernst Gauss“** versteckt, hat in seinem rund 350 Seiten starken Buch die Form eines Dialogs zwischen dem Referenten (G) und den Zuhörern (Z) gewählt. Hier der entscheidende Auszug: „Z: Es hat also in Auschwitz keine Gaskammern gegeben. G: Diese Schlußfolgerung können Sie nicht ziehen. Sie können nur sagen, daß die als Gaskammern bezeichneten Räume nicht wie bezeugt als Mordwaffe eingesetzt wurden. Z: Es gab also vielleicht Gaskammern, aber keine Vergasungen. G: Auch falsch. Man kann nur beweisen, daß es die bezeugten massenweisen Vergasungen mit Blausäure in den untersuchten Räumen nicht auch nur annähernd in dem Maße gegeben haben kann. Z: Also einzelne Vergasungen können Sie nicht ausschließen. G: Sie können die Randbedingung für eine oder wenige Vergasungen immer so hinbiegen, daß sie mit den Untersuchungsergebnissen übereinstimmen.“

Veröffentlicht wurde das revisionistische Machwerk, das nach Angaben von „Gauss“ dem „nicht-fachkundigen Leser einen nachvollziehbaren, kritischen Überblick auf wissenschaftlicher Grundlage über den Gesamtkomplex des Holocausts und den Komplex Auschwitz im besonderen geben“ soll, im rechtsextremen Tübinger Grabert-Verlag. Dieser bezeichnet das Pamphlet lobpreisend als „Standardwerk zu zentralen Fragen des Holocausts“, kurzum als den „Durchbruch im Revisionismus!“.

Zuspruch erfuhr das Buch auch aus einer Ecke, die sich nach außen hin immer wieder von plumpen rechtsextremen Auffassungen abgrenzen möchte: von der "Jungen Freiheit", der führenden Wochenzeitung für braungefärbte Akademiker. Dr.**Götz Meidinger**, Gesellschafter der "Junge Freiheit Verlags GmBH" und Vorsitzender des "Fördervereins zur Wiedervereinigung Deutschlands -.Unitas Germanica e.V"., der aufs Engste mit der JF liiert ist, vermeint in den „Vorlesungen über Zeitgeschichte“ „ein ausgezeichnetes, einzigartiges Plädoyer für Meinungs-und Wissenschaftsfreiheit“ (JF, Nr.24/94) zu erkennen. Hauptberuflich ist Meidinger als Unternehmensberater „mit Schwerpunkt in den neuen Bundesländern“ (Eigenwerbung) tätig. Meidingers Unternehmensberatung (Sitz: Stuttgart) arbeitet hierbei mit der „Nürnberger Versicherungsgruppe“ zusammen. Ob die über Meidingers Ansicht von der industriell betriebenen Massenvernichtung an Juden informiert ist?

Straftaten der Partei für Recht und Ordnung

Die "Republikaner" stehen im Verdacht, zwischen dem 15.Dezember 1992 - dem Tag des Beginns der Beobachtung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz - und heute insgesamt 14 Straftaten begangen zu haben. Sechs dieser Delikte seien in Nordrhein-Westfalen, fünf in Hessen und zwei in Bayern möglicherweise von den REP verübt worden, erläuterte die Bundesregierung in ihrer am 8.Juni veröffentlichten Antwort (12/7764) auf eine Kleine Anfrage (12/7389) der PDS/Linke Liste. Auch in Hamburg gebe es einen Fall, bei dem REP-Mitglieder verdächtigt werden, eine Straftat begangen zu haben.

Sollte das alles gewesen sein?

"Bonner Vierer-Bande"

Der Tübinger Hohenrain-Verlag, ein Ableger des revisionistischen Grabert-Verlages, hat soeben das Buch „In Sachen Deutschland. Insider-Protokoll über die Liquidation einer Nation“ verlegt. Autor des rund 170 Seiten starken Bandes, der u.a. über die „Bonner Viererbande CDU, CSU, SPD, FDP und den von ihr gelenkten Medien ARD, ZDF“ auf übelste Weise hetzt, ist ein **„Carl-Friedrich-Berg“**. Der Hohenrain-Verlag wirbt für das Buch u.a. mittels einer Anzeige in der Jungen Freiheit (JF; Nr.24/94). Angepriesen wird das Machwerk als „Aufklärungsbuch im Superwahljahr!“.

Ausgebrüllt, Löwe

Leon Degrelle, auch genannt der „Löwe von Wallonien“, ist im spanischen Exil im Alter von 87 Jahren gestorben. In den 30er Jahren war Degrelle Führer der belgischen Rexisten. Während des 2.Weltkrieges kooperierte seine Organisation mit Nazideutschland und Degrelle wurde General der Waffen-SS (Division Wallonien). Er war eng eingeflochten in das internationale Netz der Faschisten und unterhielt bis zu seinem Tod enge Kontakte zu deutschen Neonazis.

Austro-Iberische Naziverbindungen

Generalmajor a.D. **Otto Ernst Remer**, einst wesentlich beteiligt an der Niederschlagung des Putschversuches der Offiziere des 20.Juli 1944 gegen Hitler, wird sich in nächster Zukunft mit den neuesten Asylbestimmungen konfrontiert sehen. Sein Asylantrag wurde vom spanischen Innenministerium abgelehnt.

Otto Ernst Remer hatte in der von ihm selbst verbreiteten „Remer-Depesche“ die Existenz von Gaskammern in den Vernichtungslagern der Nationalsozialisten geleugnet und war deshalb zu einer Haftstrafe von 22 Monaten verurteilt worden. Der Mitbegründer der 1953 verbotenen NSDAP-Nachfolgeorganisation „Sozialistische Reichspartei“ entzog sich dem Haftantritt durch die Flucht nach Spanien nachdem sein Antrag auf „Haftverschonung wegen Haftunfähigkeit“ abgelehnt worden war.

Unterschlupf fand er in Marbella, von wo aus er gemeinsam mit dem ebenfalls flüchtigen österreichischen Neonazi **Geld Honsik** Interviews für das spanische Fernsehen gab.

Winfried Holzinger

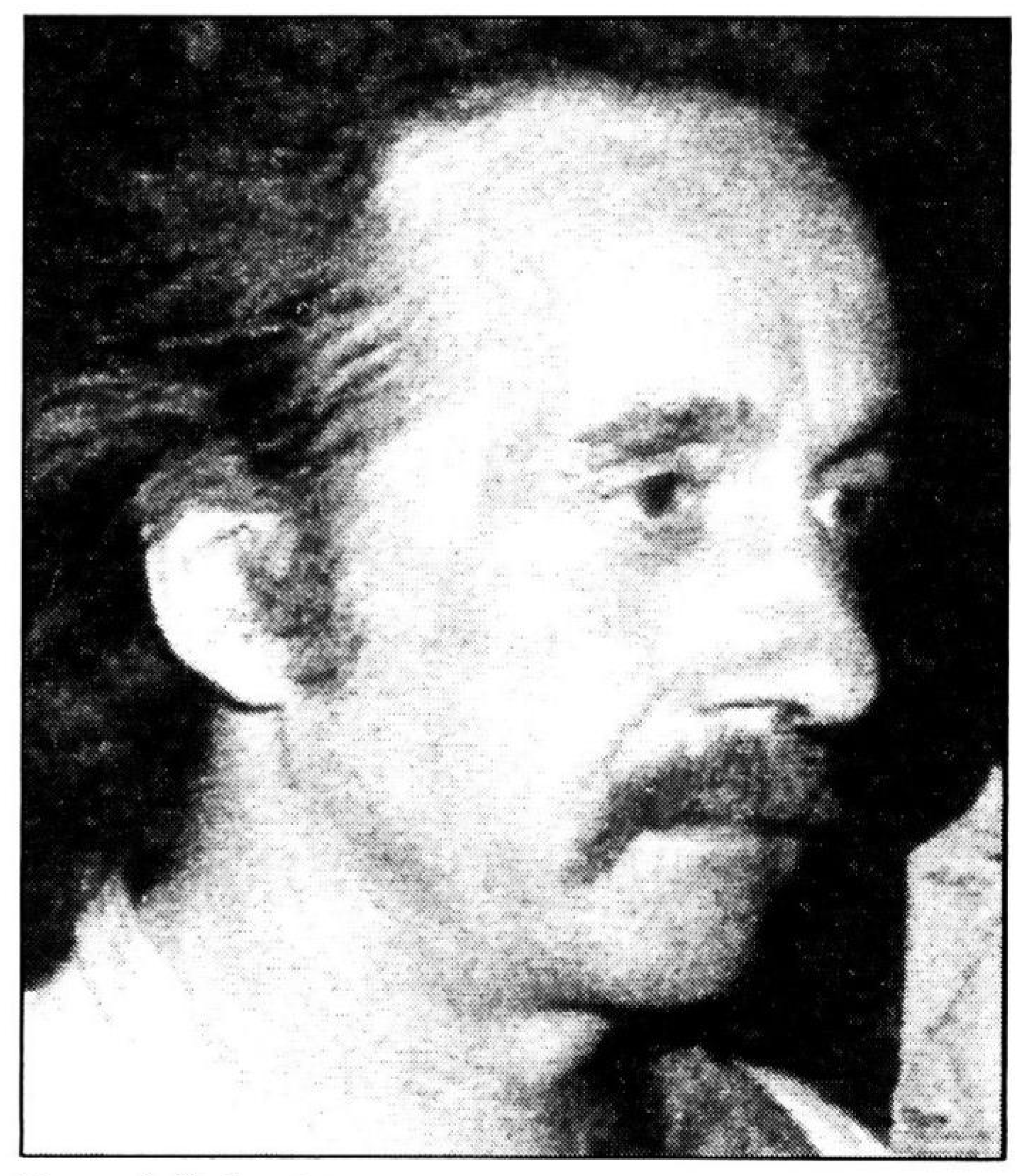
V-Mann = Vertrauensmann = Verwirrung

Waren die nordrhein-westfälischen Landesbehörden im Fall des Solinger Brandanschlags Mitwisser?

Am 6. 9. 1993 fand in der Diskothek "Getaway" in Solingen-Ohligs unter der Beteiligung des nordrhein-westfälischen Innenministers Herbert Schnoor eine Diskussion über Rechtsradikalismus in Solingen, unter dem Eindruck des Mordanschlags auf die türkische Familie Genc, statt. Auf Nachfragen aus dem Forum der Veranstaltung bestritt Schnoor, daß es in Solingen eine ernstzunehmende bzw. organisierte rechtsextreme Szene in Solingen geben würde. In diesem Zusammenhang wurde er auch von Teilnehmern der Veranstaltung nach der Kampfsportschule "Hak Pao" des Bernd Schmitt befragt.

Hierbei wurde mitgeteilt, daß Mitglieder dieser Sportschule vor den Augen der Polizei "umfangreiches Material..." aus der Kampfsportschule herausgetragen hätten. Diesbezüglich versprach Schnoor Recherchen anzustellen. Er hätte es jedoch zu diesem Zeitpunkt schon besser wissen müssen, denn er ist als Innenminister über die Aktivitäten des V-Mannes **Bernd Schmitt**, dem Gründer und Leiter der Kampfsportschule "Hak Pao Gym", von seinem Verfassungsschutz frühzeitig informiert worden. Somit hätte er auch wissen müssen, daß die Mörder von Solingen Mitglieder dieser Kampfsportschule gewesen waren bzw. zu ihr enge Verbindungen hatten. Schmitt agierte vermutlich bereits seit 1990 klammheimlich als Spitzel der nordrhein-westfälischen Landesamtes für Verfassungsschutz, der Abt. VI des Düsseldorfer Innenministeriums. Die Beteuerung von Innenminister Schnoor, der Rechtsextremismus habe in Solingen bisher nicht Fuß fassen können, ist zumindestens brüchig geworden; denn immerhin scheint es so, daß der Verfassungsschutz die rechtsradikale Landschaft in Solingen für bewegt und umtriebig genug hielt, um sich im Zentrum der Szene einen Vertrauensmann zu halten. Doch schon bei näherem Hinsehen entpuppt sich dieser Schmitt als sogenannter "Doppelagent", der auf beiden Seiten seine Rolle ausübt, einerseits als Zulieferer an den Verfassungsschutz für Informationen und andererseits als geschickt getarnter Förderer rechtsradikaler Umtriebe.

Mit dem Outing des V-Mannes Schmitt bei dem Prozeß in Düsseldorf entsteht nun die Frage, welche Rolle Schmitt bei der Suche nach den Tätern des Solinger Brandanschlags spielte. Sollte er wirklich die Beschuldigten benannt haben, dann müssen die Fragen geklärt werden, woher stammt sein Wissen und wie ist er an die Informationen gekommen. Schmitt soll einen Tag nach dem Brandanschlag von einem der Angeklagten detailliert über den Hergang informiert worden sein und ihm geraten haben, Vorkehrungen zu treffen, weil mit Hausdurchsuchungen zu rechnen sei. Einen jugendlichen Zeugen soll Schmitt verprügelt und mit dem Tode bedroht haben, falls er bei der Polizei auspacke. Weiterhin ist die Erkenntnis von Bedeutung, daß Schmitt die Verdächtigen von Solingen damals vor Hausdurchsuchungen durch die Polizei gewarnt hat. Nach dem Anschlug wurde beobachtet, wie am 4.6.94 aus der Sportschule "Hak Pao" hektisch Material (ca. 55000 Blatt) abtransportiert wurde. Der Abtransport wurde nach



Bernd Schmitt

Hinweisen aus der Nachbarschaft lediglich von zwei Polizisten "auf Waffen" kontrolliert. Ein Bericht wurde über diese Kontrolle nie gefertigt. Eine Nachlässigkeit, die erst später an Bedeutung gewann, denn durch diese Panne konnten wesentliche Unterlagen, die als Beweismittel eingestuft werden mußten, beiseite geschafft werden. Zu diesem Zeitpunkt war der zuständigen Wuppertaler Polizei bereits bekannt, daß es sich bei "Hak Pao" um eine mit Rechtsextremisten zusammenarbeitende oder selbst rechtsextremistische Einrichtung handelte. Trotz eines vertraulichen Hinweises Anfang Dezember 1993, über den Aufbewahrungsort des Materials an das 9. Kommissariat der Wuppertaler Kriminalpolizei, dauerte es noch ca. 1 Monat, bis dieses Material beim Schwiegervater der Lebensgefährtin von Schmitt im Rahmen einer Hausdurchsuchung sichergestellt wurde; es enthielt u. a. Lageskizzen von Wohnungen ausländischer Mitbürger. Trotzdem besteht nun nicht mehr die Sicherheit, ob das nun aufgefundene Material die Akten sind, die damals aus der Sportschule "Hak Pao" abtransportiert wurden. Seitdem wird durch die Staatsanwaltschaft gegen Schmitt und Kameraden ermittelt, denn er hat trotz Verbot der "Nationalistischen Front" (NF) das Geschäft des militanten Neonazi **Meinolf Schönborn** weiterbetrieben. Bernd Schmitt hatte sich etwa einen Monat vor dem Anschlag auf die Wohnung der Familie Genc selbst beim Staatsschutz PP II Wuppertal erkundigt, ob er Nachteile zu befürchten habe, wenn bei ihm ein Vortrag von Meinolf Schönborn stattfinde. Er erhielt die Antwort, daß eine nicht verbotene Organisation auch solche Versammlungen abhalten dürfe. Bei all diesen Aktivitäten des Bernd Schmitt besteht auf Grund der engen Verbindung zu ihrem V-Mann der Verdacht, daß der NRW-Verfassungsschutz im Zentrum der gewaltbereiten Neonaziszene von Solingen tätig war. Fest steht zumindestens, daß unter den Augen des Verfassungsschutzes Schmitt an dem Aufbau eines Zentrums (DHKKV, DKI, Hak Pao) rechtsextremer Aktivitäten beteiligt war, in dem nicht nur rechtsextreme Treffen durchgeführt wurden sondern auch gewaltbereite Neonazis zum Kampf ausgebildet wurden. Nach einem in nordrhein-westfälischen Regierungskreisen kursierenden Papier sollen Schmitt und die Verfassungsschützer sogar auf die "raffinierte" Idee gekommen sein, mit dem frisch gegründeten "Deutscher Hochleistungs-Kampfkunstverband" (DHKKV) rechte Kämpfer anzulokken, um sie im Blick zu haben und abschöpfen zu können. Diese Version wurde jedoch von Schnoor dementiert. Als Trainer wirkte Schmitt auch in der "Deutschen Kampfsport-Initiative" (DKI) mit.

Die Ermittlungen gegen die DHKKV, DKI und Hak Pao verlaufen widersprüchlich. Sie ermittelt im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Vereinsgesetz. Die Bundesanwaltschaft hat hierbei abgelehnt, diese Akten in das Verfahren zum Solinger Brandanschlag einzuführen. Dieses Ansinnen konnte nur bedeuten, Schmitt vor einer Enttarnung zu schützen. Insgesamt wird bei den Ermittlungen des BKA immer zweifelhafter, welche Rolle Bernd Schmitt als Zeuge gespielt hat; dieses insbesondere unter dem Eindruck, daß Schmitt als V-Mann für den Verfassungsschutz gearbeitet hat. So wurde Schmitt in seiner Vernehmung vom 30.6.93 nicht zu seinem etwaigen Wissen über den Brandanschlag und den Umstände hierzu befragt. So will der Jugendliche Robin L. Schmitt über die vom Angeklagten Felix K. geäußerten Drohungen gegen das Haus der Familie Genc am Tag nach dem Brandanschlag ausführlich informiert haben. Hierbei ist die Frage zu stellen, wieso der Zeuge Schmitt während seiner Vernehmung durch das BKA keinerlei Auskünfte über diesen Anruf gegeben haben soll, obwohl ihm bekannt war, zu welcher Tat er vernommen wurde und er laut Robin L. von den Tatumständen Kenntnis haben mußte.

Insgesamt ist festzustellen, daß unter der Aufsicht des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes neben drei der vier Angeklagten zum Solinger-Mordprozess zahlreiche Jugendliche durch Veranstaltungen von "Hak Pao" ihren rechtsextremen Neigungen unter Anleitung hochrangiger Funktionäre der Neo-

nazi-Szene nachgehen konnten. So konnte z.B. Meinolf Schönborn dort über "nationale Fragen" referieren. Es ergibt sich die Frage, inwieweit Schönborns Tätigkeit mitbestimmend für die rechtsextreme Szene in Solingen gewesen ist. Selbst wenn sich erweisen sollte, daß die drei mutmaßlichen Täter zum Brandanschlag in der unteren Wernerstraße. von Solingen nicht mehr am sogenannten "kanakenfreien Training" der "Deutschen Kampfsport Initiative" teilgenommen haben, dann hätte trotzdem ein Informant des Verfassungsschutzes mit anderen im Bunde unter den Augen dieser Behörde in erheblichem Umfang zur rechtsextremen Agitation und möglicherweise Indoktrination von Jugendlichen beigetragen. (Schon am Pfingstwochenende 1993 konnte der Verfassungsschutz ganz vertraulich der "Soko Sole" des BKA eine Liste mit 86 Namen mitteilen, unter denen auch die Namen der Angeklagten zum Solinger Brandanschlag waren.) Schmitt hat als V-Mann hierbei nicht als passiver Beobachter in einer extremistischen Organisation teilgenommen, sondern unter den Augen des Verfassungsschutzes Jugendliche bei extremistischen Tätigkeiten unterstützt, wenn nicht sogar bestärkt. Es entsteht darüber hinaus der Verdacht, daß Schmitt die Rolle als V-Mann benutzt hat, um Taten wie die in Solingen zu fördern oder gar vorzubereiten.

Die Weigerung von Innenminister Schnoor in der Parlamentarischen Kontrollkommission, Auskunft über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes in Solingen zu geben, führt dieses Gremium aus Kontrollinstanz ins unbedeutende. Die am 26.5.94 von ihm wiederholte Weigerung, im Innenausschuß zu den damaligen V-Mann-Gerüchten um Schmitt Stellung auch in einer geheimen Sitzung zu nehmen, ist nur als eine Mißachtung des Parlaments zu verstehen. Im Schutz dieser politischen Deckung werden die Machenschaften der Geheimdienste nur gestärkt und eine Aufklärung von Sachverhalten, an denen sie beteiligt waren, immer unwahrscheinlicher. Gerade nach Bad Kleinen entsteht nun auch in Solingen der Verdacht, daß die Aufklärung einer Beteiligung der Geheimdienste in diesen Ereignissen gar nicht gewünscht ist.